

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

ILO-Kernarbeitsnormen statt Zollschutz und Abschottung

Seite 19

Türkei – EU: Debatte um den Beitritt verschärft
sich 3 +++ Nach den Landtagswahlen im
Osten: Praktikable Alternativen gesucht 8 +++
Antifaschismus ist auch eine kommunale
Aufgabe 12 +++ Hessens MP Koch erlebt
Niederlage bei „Operation Sichere Zukunft“ 15



Politische Berichte – Zeitschrift für Sozialistische Politik
Ausgabe Nr. 20 am 24. September 2004, Jahrgang 25, Preis 1,80

20
2004

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 € Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 € Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Wieder längere Bereitschaftsdienste?

20.9. FR. alk. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer hat der EU-Kommission vorgeworfen, sie wolle die Bereitschaftsdienste zu Lasten der Arbeitnehmer neu regeln. Die neuen Pläne der EU-Kommission sähen vor, dass der Bereitschaftsdienst nicht mehr als Arbeitszeit gelten solle, sagte Engelen-Kefer in Berlin. Lediglich die während des Bereitschaftsdienstes tatsächlich geleistete Arbeit würde dann wie reguläre Arbeitszeit bezahlt. Damit verkehre das Gremium „die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs in ihr Gegenteil“. Die DGB-Vize bezog sich auf eine Änderung der EU-Arbeitszeitrichtlinie, die die Kommission in Brüssel am 22. September beschließen will. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte im Oktober 2000 Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit bewertet. Die DGB-Vize befürchtet auch, dass in der Richtlinie die Zeiträume verlängert werden sollen, in denen längere Arbeitszeiten ausgeglichen werden müssen. Die Arbeitgeberverbände wollten eine gesetzliche Ausweitung des Ausgleichszeitraums von vier auf zwölf Monate. „Damit hätten wir keine Flexibilisierung, sondern die 60-Stundenwoche“, sagte Engelen-Kefer. Ein Freizeitausgleich nach einem oder gar zwei Jahren sei „reine Augenwischerei“.

Streit um Bahnsteuer und Bahnpreise

Handelsblatt. 15.9. rül. Bundesfinanzminister Eichel will die zwischen SPD und Grünen vereinbarte Steuersenkung für die Bahn nicht umsetzen. Ab 2005, so hatten beide Fraktionen 2002 vereinbart, soll der Mehrwertsteuersatz im Personenfernverkehr von 16% auf 7% verringert werden. Fahrkarten im Nahverkehr werden schon jetzt nur mit 7% versteuert. Insbesondere Familien mit Kindern sollen durch die Steuersenkung wieder für den Bahnfernverkehr gewonnen werden.

Nun weigert sich Eichel, die Vereinbarung umzusetzen. „Im Bundeshaushalt ist dafür kein Spielraum. Darüber hinaus gibt es auch erhebliche europarechtliche Bedenken“, verbreitet sein Sprecher. Schon jetzt verliere der Bund durch die geringe Mehrwertsteuer im Nahverkehr jährlich 570 Millionen Euro. Durch die Senkung der Steuer im Fernverkehr kämen noch einmal 650 Millionen Euro dazu, verbreitet Eichel und gibt damit zu erkennen, wohin er strebt: Der Minister würde am liebsten die Steuersätze auch im Nahverkehr auf 16% anheben.

Krach gibt es auch zwischen den Regierungsparteien und der Bahn um die angekündigten neuen Fahrpreisanhebungen. Zum 15. Dezember will die Bahn erneut die Fahrpreise anheben, auch im Nahverkehr. Wenn die Bahn daran fest-

halte, werde die Koalition nicht gleichzeitig die Steuersätze senken, droht der verkehrspolitische Sprecher der Grünen, Albert Schmidt. Auch der SPD-Fraktionsvize Müller warnt die Bahn, ihre Preispläne würden die geplante Steuersenkung nicht leichter machen.

VdK fordert weiterhin Zusatz-Taschengeld in Pflegeheimen

Kobinet. 20.9. scc. Der Präsident des Sozialverbands VdK Deutschland, Walter Hirrlinger, hat heute in Berlin die Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen aufgefordert, das Zusatz-Taschengeld für Bewohner von Wohn- und Pflegeheimen auch künftig aufrecht zu erhalten.

Laut rot-grünem Beschluss sollen nur noch jene, die bis zum 31. Dezember 2004 in ein Heim ziehen, ein zusätzliches Taschengeld erhalten. Anders als einige Politiker glaubten, beschränke sich der persönliche Bedarf nicht auf Zeitungen oder Genussmittel. Das meiste Geld verwendeten viele Heimbewohnerinnen und -bewohner auf nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel, die für sie oft lebensnotwendig seien. Außerdem forderte Hirrlinger, die frühere Härtefallregelung für Heimbewohner generell wieder einzuführen, um die enormen Belastungen durch die Gesundheitsreform auszugleichen. Schon heute bleibe den meisten von ihrem Taschengeld nichts mehr übrig für zusätzliche Bedürfnisse. Das sei, so Hirrlinger, menschenunwürdig.

Soziale Rechtsberatung

bag shi, 9.9. alk. Die Bundesregierung plant eine Reform des Rechtsberatungsgesetzes. Dieses Gesetz soll davor schützen, dass Unkundige falsch beraten werden. Es war aber schon immer auch ein Gesetz, um ungeliebte Konkurrenz auszuschließen. Eingeführt hatten es die Faschisten, um jüdische Anwälte um Brot und Arbeit zu bringen. Heute gibt es vor allem im Bereich der unentgeltlichen Rechtsberatung Streit, da soll der Gesetzentwurf gewisse Erleichterungen bringen. Die Sozialhilfeinitiativen fordern, dass ihre Beratungstätigkeit erleichtert wird. Dazu äußerte sich die Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen, Erika Biehn, vor kurzem: „Bezüglich der Rechtsvertretung und Rechtsberatung besteht bei SozialhilfebezieherInnen, AsylbewerberInnen genau wie bei Erwerbslosen ein faktisch nicht gedeckter Bedarf, denn zum einen kommen die Leistungsträger ihrer Informationspflicht nicht zur Genüge nach und zum anderen benötigen Betroffene im Streitfall unabhängige Beratungsangebote. Umso wichtiger ist es, dass diese Menschen endlich flächendeckend entsprechende niederschwellige Beratungsmöglichkeiten erhalten. Selbsthilfegruppen, Initiativen und Verbände, für die es um die Klärung und

Durchsetzung gemeinsamer Rechtspositionen im Sinne der Betroffenen geht, bewegen sich in einer rechtlichen Grauzone. So wird unter Berufung auf das Rechtsberatungsgesetz Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen das Leben schwer gemacht. In einem Fall in Itzehoe folgte auf das öffentliche Angebot von Beratung in Sozialhilfesachen, prompt eine Durchsuchung der Initiativenräume durch die Polizei. Der Arbeitslosenselbsthilfe Rendsburg e.V. wurde die Beratung in Sozialhilfesachen verboten.“

Auch komme es immer wieder vor, dass Arbeits- oder Sozialämter Vollmachten verlangten (was rechtlich umstritten ist) und sobald solche vorgelegt werden, wird ein Verfahren wegen unerlaubter Rechtsberatung eingeleitet.

Die BAG-SHI verlangt, dass bei der Novellierung des Rechtsberatungsgesetzes auch die unentgeltliche Beratung und Begleitung von Mittellosen erleichtert wird. Um die Qualität der Beratung zu gewährleisten könnten Kontrollmechanismen und Zertifizierungen geschaffen werden. Da die Erwerbslosen usw. in aller Regel sowieso keine Rechtsanwälte für ihre Anliegen fänden, bedeute die Tätigkeit der Initiativen auch keine Konkurrenz für die Anwaltschaft.

Polens Sejm erinnert die BRD

faz. 14./16.9. maf Nachdem in der deutschen Presse berichtet wurde, das polnische Parlament habe Reparationsforderungen an die BRD auf den Weg gebracht, liefert die FAZ vom 14.9. eine Übersetzung der entsprechenden Textpassagen der Sejm-Enschliebung, in der es wörtlich heißt: „Der Sejm der Republik Polen (...) stellt fest, dass Polen bislang keinen angemessenen finanziellen Ausgleich und keine Kriegsreparationen für die gewaltigen Zerstörungen sowie materiellen und immateriellen Verluste, verursacht durch deutsche Aggression, Okkupation, Völkermord und Verlust der Unabhängigkeit von Polen, erhalten hat.“ Außerdem fordere der Sejm die polnische Regierung auf, „in dieser Materie angemessene Maßnahmen gegenüber der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu ergreifen“. Der polnische Außenminister Cimoszewicz wird zitiert, dass eine „interministerielle Gruppe“ die Kriegsschäden und -verluste seines Landes erfassen werde. Die Bewertung der Verluste zielt nicht auf etwaige Entschädigungsforderungen an Deutschland. Es gehe vielmehr darum, alle diejenigen, die vergessen hätten, „was der Zweite Weltkrieg war und welche Folgen er hatte“, zu erinnern.

Am 16.9. läßt die FAZ einen Artikel von Professor Dr. Theodor Schweisfurth, Heidelberg folgen, in dem dieser akribisch nachweist, dass „das Potsdamer Protokoll und seine Folgevereinbarungen“ Reparationsforderungen an die BRD ausschließe. — Implizit wohl auch eine Warnung an Strategen, die an der durch das Potsdamer Abkommen grundgelegten



Lösung des Nachfrageproblems in Sicht? faz. 16.9. maf. Um acht Prozent ist der Umsatz des international führenden Luxusgüterkonzerns LVMH (Frankreich, Louis Vuitton, Veuve Clicquot usw.) gestiegen, 14 Prozent das Betriebsergebnis. Besonders in Großbritannien, den USA und Japan wurde mehr Champagner getrunken. Für seine Flaggschiffmarke Louis Vuitton plant LVMH die Eröffnung neuer Geschäfte, so in Südafrika. Die Expansion in Indien und Russland soll sich fortsetzen. — Auch die Schweizer Uhrenindustrie meldet Erfolge. Für Luxusuhren gäbe es inzwischen teilweise wieder Lieferfristen. Die Automobilfirma Jaguar allerdings kann von diesem Trend nicht profitieren, die Jahresproduktion soll um 15000 auf 110000 gesenkt werden, für das Werk Coventry bestehen Schließungspläne. Grund sei der schleppende Absatz in den USA. Die Branchengewerkschaft TGWU kündigte massiven Widerstand gegen eine Werksschließung an.

(Bild: Werbung von Louis Vuitton)

Nachkriegsordnung herumdeuteln wollen.

Die Eurogendarmerie kommt

Indymedia, ftd, 18.9. alk. Am Rande der Innenministerkonferenz im niederländischen Noordwijk ist gestern mit dem Namen Eurogendfor (EGF) die Eurogendarmerie aus der Taufe gehoben worden. Die ersten 900 Eurogendarmen werden ab 2005 aktiv sein. Unterzeichner des Abkommens waren Frankreich, Holland, Italien, Portugal und Spanien – Länder, die immer noch eine militärische Polizei haben und bestrebt sind, Kriegs- und Krisengebiete zum Wirkungsfeld derselben zu machen. Angesprochen hatten die Franzosen das Projekt 2003.

Mit der EGF entsteht eine schnelle Eingreiftruppe, die binnen 30 Tagen den jeweiligen Einsatzort erreichen kann und der EU untersteht. Je nach Auftraggeber, Sachlage, juristischem Aufhänger und Konstellation künftiger internationaler Allianzen werden auch UNO, Nato, OSZE und weitere Institutionen die Truppen dirigieren können. Spezialstrecke sollen Nachkriegseinsätze werden, bei einer Aufgabenstellung, die irgendwo zwischen polizeilich und militärisch liegt. Vorbild ist die Multinational Specialized Unit (MSU), die Spezialisten für die öffentliche Ordnung in Krisengebieten. Derzeit sind drei MSU operativ tätig: In Bosnien, Kosovo und Irak. Alle drei wer-

den von italienischen Carabinieri geleitet, wobei in unterschiedlichen Zusammensetzungen auch Esten, Österreicher, Rumänen, Portugiesen und Slowenen mit von der Partie sind.

Obschon die offizielle Entwicklung der EGF im Jahr 2003 angesiedelt wird, reichen die Wurzeln der Kooperation um ein Jahrzehnt weiter zurück. Seit 1993 sind die französische Gendarmerie, die italienischen Carabinieri und die spanische Guardia Civil in einer europäischen Föderation vernetzt. Sie können mittlerweile auf eine gewisse Tradition der gemeinsamen Durchführung von Trainings und Lehrgängen verweisen. Häufiger Standort für gemeinsame Aktivitäten ist das Trainingszentrum der Gendarmerie von Bordeaux in Frankreich. Die Koordination der Apparate schreitet entschieden schneller voran als die Politik.

Die BRD, so Verteidigungsminister Struck, finde die Idee gut, werde sich aber nicht beteiligen (können), da das Grundgesetz eine Vermischung von Polizei und Militär nicht zulässt. Aktiv wird sich dagegen die Bundeswehr an dem Aufbau der sogenannten Battle Groups (Kampfgruppen) der EU beteiligen. Struck kündigte an, dass u.a. die deutsch-französische Brigade dafür zur Verfügung stehen wird. Die Battle Groups sollen etwa 1500 Soldaten umfassen und binnen fünf Tagen in einem Einsatzraum von bis zu 6000 km um Europa herum einsatzbereit sein, so Struck.

Zusammenstellung: alk

Debatte um den Beitritt verschärft sich

Am 6. Oktober wird die EU-Kommission ihr Gutachten über die Beitrittsprozess der Türkei vorlegen. Die EU-Regierungschefs sollen dann im Dezember formell die Aufnahme von Beitrittsgesprächen beschließen, die im kommenden Frühjahr beginnen könnten und nach EU-Kommissar Verheugen mindestens bis 2015 dauern würden.

In zahlreichen Verfassungs-, Gesetzes- und Strafrechtsänderungen findet seit der Regierungsübernahme der AKP unter Erdogan ein Umbau der Türkei statt. Auf dieser Seite ändert sich das Bild der Türkei gewaltig, auch gibt es unter dem Druck der Verhandlungen mit der EU Erfolge für die Demokratiebewegungen. Beispiel sei hier die Haftentlassung der vier ehemaligen DEP-Parlamentarier nach zehn Jahren oder die Abweisung eines Verbotsantrages des Militärs gegen die Lehrergewerkschaft Egitim Sen wegen der Weigerung, den Passus „muttersprachlicher Unterricht“ in ihrer Satzung zu streichen. Unter großen Mühen können hier und dort erste Kurdischkurse für Erwachsene begonnen werden. Es sind auch stundenweise Kurdischsendungen erlaubt worden. Aber eine umfassende Demokratisierung des Landes und dabei die Anerkennung der Rechte der kurdischen Minderheit findet nicht statt. Vor wenigen Tagen wurden zwei Kandidaten zu den Kommunalwahlen vom März in Mardin zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie die Anwesenden einer Wahlveranstaltung auf Kurdisch begrüßt hatten. Im offiziellen und politischen Leben ist aber das Kurdische weiter verboten. Die Militäroperationen gegen die kurdische Bewegung und die sich verteidigende kurdische Guerilla nehmen an Schärfe und Umfang zu. In den Gefängnissen sitzen weiter Tausende politische Gefangene. Türkische Regierung und Militär machen bisher keinerlei Anstalten, in einen auch nur minimalen Diskussionsprozess mit der verbotenen kurdischen Bewegung zu treten und Lösungen für die Beendigung des Krieges zu suchen, für die Rückkehr mehrerer Tausend Guerilla ins zivile Leben, die Entwaffnung der ca. 200.000 Dorfschützer, für den Aufbau der zerstörten Dörfer und die Rückkehr von Millionen vertriebener Menschen in ihre Dörfer. Den Kurdenkonflikt behandeln Regierung und Militär weiter als „Terrorismusproblem“ und können dabei auf die Unterstützung der EU zurückgreifen, die die PKK-Nachfolgeorganisation Kongra-Gel auf ihre „Terrorliste“ gesetzt hat. Auch zerfällt die Türkei immer mehr in einen „reichen“ Westen und die immer mehr verarmenden bäuerlichen Gebiete im Zentralhochland und den kurdischen Provinzen, in denen es so gut wie keine

Industrie gibt. Neben den ungeheueren Zerstörungen kultivierter Gebiete während des Krieges im Südosten wirkt sich der Beitritt zur Europäischen Zollunion verstärkt auf die landwirtschaftliche Produktion aus.

So kommen die Gesetzesänderungen teilweise einer Revolutionierung des türkischen Systems nahe und sind auch im alten System heftig umstritten, aber ihre Umsetzung lässt zu wünschen übrig, und es fehlt die explizite Anerkennung der Rechte der Minderheiten und besonders der kurdischen. Beispielsweise kassierte der Staatspräsident die vom Parlament verabschiedete Kommunalreform wegen „Verstoßes gegen die Verfassung“. Mit der Kommunalreform war geplant worden, viele Kompetenzen von der Zentralregierung auf die Kommunalverwaltungen zu verlagern, eigene kommunale Steuereinnahmen zu ermöglichen und die Macht der Gouverneure und des Zentralstaates einzudämmen. Dies hatten u.a. auch die kurdischen Bürgermeister gefordert, um notwendige soziale Maßnahmen in den Kommunen zu ermöglichen.

Je näher nun der 6. Oktober rückt, verschärfen sich in der EU die Auseinandersetzungen über die Beitrittsverhandlungen. Aktuell werden unter dem Thema „Ist die Türkei reif für die EU“ im Wesentlichen drei Fragen aufgeworfen: Stimmen die Verfassungs-, Gesetzes- und Strafrechtsänderungen mit den Kopenhagener Kriterien überein und wird in der Türkei weiter gefoltert? Was kostet der mögliche EU-Beitritt der Türkei? Wird die Kultur der „christlichen Wertegemeinschaft Europa“ durch den Beitritt eines überwiegend islamisch geprägten Landes zerstört?

Zur ersten Frage hatte sich EU-Beitrittskommissar Verheugen in die Türkei aufgemacht. Er lobte noch in Regierungsgesprächen in Ankara den rasanten Fortschritt der Gesetzesanpassungen, dann bekam er aber bei Gesprächen mit der Stiftung für Menschenrechte und im kurdischen Diyarbakir eine Liste von ca. 600 Folturvorfällen von Menschenrechtsorganisationen präsentiert und sah sich auch noch mit Dorfzerstörungen, rückkehrwilligen Flüchtlingen und erneuten Dorfvertreibungen des Militärs konfrontiert. Unter dem Eindruck der Vorwürfe, in der Türkei werde „weiterhin systematisch gefoltert“, ordnete Verheugen eine „erneute und genaue Überprüfung“ aller Informationen über die Menschenrechtslage in dem Land an. Yuvas Önen, Vertreter der türkischen „Stiftung für Menschenrechte“, hatte erklärt: „Die Folter geht weiter, in allen Ecken der Türkei.“ Önen betonte ausdrücklich, dabei handele es sich um „systematische Folter – dies ist nicht das Fehlverhalten irgend-

welcher Einzelpersonen“. Verheugen sagte: Dies sei „das erste Mal seit zwei Jahren“, dass eine Organisation den Vorwurf systematischer Folter erhebe. In einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* sagte Verheugen: „Fälle schlimmer Misshandlungen gibt es auch in den bisherigen EU-Mitgliedsländern. Nur, das sind Vergehen von Einzelnen, das ist keine gezielte Politik zum Machterhalt des Staates. Ich will wissen: Geht die türkische Regierung entschlossen gegen Beamte vor, die solch üble Methoden noch immer anwenden? Oder duldet sie, ja fördert sie das etwa? Das wäre systematische Folter.“ (*Süddeutsche Zeitung*, 11.9.)

Er forderte die Regierung in Ankara auch auf, der kurdischen Minderheit weitere kulturelle Rechte einzuräumen und vor allem die ökonomische Situation im Südosten des Landes zu verbessern. „Ohne Perspektive für Menschen kann man keine politische Stabilität erreichen.“ Im 1995 vom Militär geräumten Dorf Tuzla forderte Verheugen, mehr Mittel für die Wiederansiedelung von Flüchtlingen in ihren ehemaligen Dörfern bereitzustellen. Er sagte: „Es hat zwar enorme Fortschritte gegeben, doch das kann erst der Anfang sein.“ (*Süddeutsche Zeitung*, 11.9.)

Zumindest hatte sein demonstrativer Besuch in Diyarbakir zur Folge, dass nach einem Treffen mit Leyla Zana die vier ehemaligen DEP-Abgeordneten Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Dogan und Selim Sadak, die vor kurzem nach 10-jähriger Haft aus dem Gefängnis kamen, doch einen Reisepass erhielten. Somit kann Leyla Zana endlich nach neun Jahren den Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments am 12. Oktober in einer Feierstunde des EU-Parlaments in Empfang nehmen und alle vier an der Versammlung der Kommission für Außenpolitik und Menschenrechte des Europaparlaments teilnehmen.

Ein wenig eskalierte der Streit zwischen EU-Kommissar und türkischer Regierung, als diese im Parlament die Reform des 70 Jahre alten Strafrechts auf Eis legte. Es war zum Konflikt über die Frage, ob Ehebruch von Frauen mit Strafe verfolgt werden darf. So war es jedenfalls im Entwurf vorgesehen. Verheugen ließ den türkischen EU-Botschafter wissen, dass die EU solche Paragraphen nicht akzeptieren würde, und sagte eine positive Beurteilung für Beitrittsverhandlungen unter der Bedingung zu, dass bis zum EU-Regierungsgipfel im Dezember die Strafrechtsreform „unter europäischen Normen“ verabschiedet sei.

Gleichzeitig mit dem EU-Kommissionsbericht wird ein weiterer zur Frage der Folgekosten eines Beitritts vorgelegt werden. Vorabinformationen vom öster-

reichischen EU-Kommissar Fischler zufolge werden jährliche Kosten von 11 Mrd. Euro an Agrarbeihilfe ab 2015 prognostiziert, mehr als für die jetzigen zehn Beitrittsländer zusammen. Fischler, ein erklärter Gegner des Beitritts, macht mit diesen Zahlen gegen etwaige Beitrittsverhandlungen mobil. Das Osteuropa-Institut der Universität München hat für die Bundesregierung eine Folgenabschätzung erarbeitet und die jährlichen Kosten für die EU insgesamt auf knapp 14 Milliarden Euro beziffert. Nach Berechnungen des unabhängigen Brüsseler Think-Tanks „Friends of Europe“ hätte die Türkei, sollte sie im Jahr 2015 beitreten, in den ersten drei Jahren Anspruch auf rund 45 Milliarden Euro. Deutschland müsste davon etwa ein Fünftel tragen, pro Jahr mindestens 2,4 Milliarden Euro. Das Münchener Ifo-Institut rechnet zudem in den kommenden 30 Jahren mit noch einmal rund 2,5 Millionen türkischen Zuwanderern nach Deutschland. Andere Schätzungen gehen von bis zu drei Millionen türkischen Migranten allein nach Deutschland aus.

„Friends of Europe“ rechnet damit, dass die Türkei angesichts ihres derzeitigen Bevölkerungswachstums spätestens 2025 mit 87 Millionen Einwohnern das mit Abstand größte EU-Mitgliedsland wäre – und zugleich auch das ärmste, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf. Derzeit liegt es bei knapp 23 Prozent des EU-Durchschnitts, allerdings ist das Gefälle sehr groß: Im kurdi-

schen Südosten des Landes erreicht das BIP pro Kopf nur neun Prozent des EU-Schnitts.

Bei der dritten Frage macht neben Fischler besonders die CDU-Vorsitzende Merkel mobil: Die Türkei würde als islamisches Land nicht in das christliche Europa passen. Bei ihren konservativen europäischen Freunden in Europa konnte Merkel aber mit ihrem Vorschlag „einer privilegierten Partnerschaft“ nicht landen, auch die CDU/CSU gibt hier kein einheitliches Bild. Der ehemalige österreichische Botschafter in Belgien, Hochleitner, wies darauf hin, dass die Türkei ein „gespaltenes Land“ sei. Es gebe eine Elite, „die das Land mit aller Gewalt modernisieren will“, während der Großteil der Bevölkerung an den traditionellen Werten festhalte. Diese Auseinandersetzung sei „noch nicht entschieden“. Wegen der großen kulturellen Unterschiede wäre die Union nach einem Beitritt der Türkei nur noch „ein schwaches Gebilde, eine Art Neuauflage des Heiligen Römischen Reiches, aber ohne Monarchen und gemeinsamen Glauben“. Eine Union der Bürger setze dagegen gemeinsame historische Wurzeln und Erfahrungen voraus. Außerdem würde sich die Union durch die Aufnahme der Türkei strategisch „überdehnen“, indem es den Kaukasus, den Iran, den Irak und Syrien zum unmittelbaren Nachbarn erhielte und damit „zum unmittelbaren Frontstaat“ in fast allen von der NATO als potenziell gefährlich eingestuften Konflikttherden

würde. (*Der Standard*, 17.9.) Fischler ist nicht der Einzige in der Kommission, der davor warnt, grünes Licht für Verhandlungen zu geben. Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein erklärte: „Wer die Türkei aufnimmt, wird auch die Ukraine und Belarus akzeptieren müssen.“ Mit dem Traum vom föderalen Staatsgebilde sei es dann vorbei; doch die Union sei ohnehin besser beraten, sich auf ihre Hauptaufgaben zu beschränken und die Eigenständigkeit der Mitgliedsstaaten zu akzeptieren. Auch ohne Türkeibeitritt werde die demografische Entwicklung dafür sorgen, dass „Europa Teil des arabischen Westens, des Maghreb, sein wird. Sollte der amerikanische Islamexperte Bernard Lewis Recht behalten, wäre die Befreiung von Wien 1683 von der Belagerung der Türken vergebens gewesen“. (*taz*, 20.9.)

So betreiben die konservativ-rechten Gegner eines Türkeibeitritts den „Kampf der Kulturen“, anstatt die Möglichkeiten gesellschaftlichen Ausgleichs in den großen Einwanderungsländern der EU und einer Demokratisierung der Türkei zu suchen. Die demokratische Bewegung in der Türkei und in Kurdistan jedenfalls befürwortet uneingeschränkt einen türkischen EU-Beitritt. Vielleicht setzen sie zu große Hoffnungen darauf, aber die Möglichkeiten einer Demokratisierung der Türkei werden durch den EU-Beitritt beschleunigt und die Bedingungen für den Kampf um die kurdischen Rechte verbessert.

rub

Notizen zur sozialen Situation in der Türkei

Sinkende Beschäftigungsquote. Die Auswertung der Haushaltsbefragung zur wirtschaftlichen Aktivität ergab für das vierte Quartal 2003 einen Rückgang der Beteiligung der arbeitsfähigen Bevölkerung auf 47,1 % sowie eine Arbeitslosenquote von 10,3 %. Der Rückgang der Beschäftigung gegenüber dem Vorjahresquartal lag bei 847.000 Arbeitskräften. Die Beschäftigung von Frauen ging gegenüber dem Vorjahresquartal um 11,3 % zurück, auffällig in diesem Zusammenhang sei der Rückgang der Frauenbeschäftigung in der Landwirtschaft um 600.000 Personen. Der Rückgang der Kinderarbeit gegenüber dem Vorjahresquartal lag bei 22,4 %. Die Beschäftigung im öffentlichen Sektor wird mit 3,2 Mio. Personen angegeben, was einem Rückgang um 2,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal entspricht. 74,7 % der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte verfügen über keinerlei Sozialversicherung, in den Städten liegt dieser Satz bei 32,7%. (*Staatliches Statistikinstitut*, 9.3.04)

Istanbuler Handelskammer legt Untersuchungsergebnisse zu Gecekondusiedlungen vor. Eine Haushaltsbefragung in den Armutssiedlungen Istanbuls mit 945 Einzelbefragungen in 15 Siedlungen fand heraus, dass 75 % des Haushaltseinkommens von Frauen erwirtschaftet

wird. Außerdem würden rund die Hälfte der schulpflichtigen Kinder der Siedlungen Erwerbsarbeit nachgehen. Der Anteil der Kinder, die aus wirtschaftlichen Gründen aus der Schule genommen werden, wurde mit 44 % ermittelt. Nur 29 % der befragten Haushalte erreichten ein Einkommen über 300 Mio. TL. (*Milliyet*, 17.3.04)

Gewerkschaften vergaßen Kinderarbeit am 1. Mai. Die 6,5 Millionen türkischen Kinder, die zu Billiglöhnen arbeiten, wurden nicht durch die Gewerkschaften am 1. Mai vertreten. Es müsste eigentlich unmöglich sein, dass die Stimmen der Kinder nicht gehört werden. ... Laut einer Studie des Staatlichen Statistikinstituts (DIE) von 1999 arbeiten mehr als 6,5 Millionen Kinder regelmäßig. Über 700.000 arbeiten unter sehr schlechten Bedingungen in Sektoren, in denen Gewerkschaften anerkannt sind. ... Einige Daten aus der Studie des DIE: Mehr als 6,5 Millionen Kinder von 16 Millionen zwischen 6 und 17 Jahren müssen arbeiten. Mehr als 1,7 Millionen arbeiten in der Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungsgewerbe. 4,8 Millionen arbeiten in privaten Haushalten als Haushaltshilfen. Zum Zeitpunkt der Studien betrug die Bevölkerungszahl der Türkei 63,4 Millionen. 12 Millionen Kinder waren zwischen 6 und 14 Jahre alt. Ca. 88 Pro-

zent dieser Kinder ging zu Schule. Über 1,4 Millionen der Kinder dieser Altersstufe ging nicht zur Schule. Weitere 3 Millionen Kinder, die in eine Schule gehen, arbeiten zudem in der Landwirtschaft, Industrie und in privaten Haushalten. Sie müssen zum Lebensunterhalt der Familien beitragen. Nur 50 Prozent der 4 Millionen Kinder zwischen 15 und 17 Jahren gehen zur Schule. Etwa 60 Prozent der Kinderarbeiter müssen umsonst in Familienbetrieben arbeiten. Nur 24 Prozent arbeiten in bezahlten Jobs. 72 Prozent der arbeitenden Mädchen werden nicht bezahlt. Die Mehrzahl der Kinder, die in der Landwirtschaft arbeiten (907.000), muss ohne Lohn für die Familie arbeiten. Zwei Drittel der Kinder, die Lohn erhalten, wird unter dem Lebensminimum bezahlt. Der monatliche Durchschnitt für Industriearbeit liegt bei den Kindern um 110 \$. Die meisten Kinder arbeiten mehr als 40 Stunden in der Woche, 200.000 Kinder arbeiten über 64 Stunden. In der Industrie müssen die Kinder länger arbeiten als in der Landwirtschaft. Die Statistik ist nicht komplett korrekt. ... Zum Beispiel arbeiteten 1994 mindestens 900.000 Kinder in der Industrie – und dass sollen 1999 nur noch 350.000 sein? (*Bianet*, 5.5.04)

rub, Quellen: www.bianet.org und www.Istanbulpost.net

Der Krieg im Mittleren Osten droht zu eskalieren

Die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) in Wien hat Iran ultimativ aufgefordert, auf Urananreicherung zu verzichten und umfassenden Einblick in das iranische Atomprogramm zu gewährleisten. Sofern alle noch offenen Fragen bis zum 25.11.04 nicht ausreichend geklärt sind, werde der UN-Sicherheitsrat angerufen. Die iranische Regierung hat diese Forderungen umgehend zurückgewiesen und ihrerseits erklärt, sie werde keine unangekündigten IAEA-Inspektionen mehr zulassen, falls der Sicherheitsrat angerufen wird. Außerdem könne man die freiwillig ausgesetzte Urananreicherung jederzeit wieder aufnehmen.

Mit der Resolution des Gouverneursrats der IAEA und dem Ultimatum haben sich die USA und die EU – namentlich Großbritannien, Frankreich und die BR Deutschland – auf eine gemeinsame Linie gegen Iran verständigt und die Bedenken der Blockfreien, die sich gegen ein Ultimatum ausgesprochen hatten, vom Tisch gewischt. Im Streit um das Atomprogramm des Iran gehen die vier Mächte nun voll auf Konfrontation. Die Situation ist gefährlich, und sie ist komplex und unübersichtlich.

Unbestrittene Tatsache ist, dass das iranische Atomenergieprogramm auf die 70er Jahre zurückgeht, als der Schah den Bau von rund zwei Dutzend Kernkraftwerken für die Energieversorgung plante und auch entsprechende Verträge mit den USA und anderen westlichen Ländern schloss. Auch damals gab es Vermutungen, dass das Atomprogramm nicht nur friedliche Zwecke verfolgte. Das hielt die USA nicht davon ab, einen Forschungsreaktor zu liefern; iranische Fachleute wurden im westlichen Ausland ausgebildet. Nach dem Sturz des Schah legte die Regierung Khomeini das Programm zunächst auf Eis. Als Teheran das Programm in den 80er Jahren – ausdrücklich unter IAEA-Kontrolle – wieder aufnehmen wollte, verhinderten die USA durch zahlreiche bilaterale Interventionen, dass der Iran entsprechende Verträge schließen konnte. Erst infolgedessen bemühte sich das Land um ein autarkes Atomprogramm.¹ Begründet wurde und wird es damit, dass man trotz des Ölreichtums ein Interesse daran habe, die Energieressourcen zu diversifizieren. Außerdem macht Iran geltend, dass er nach dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) das Recht habe, einen vollständigen nuklearen Brennstoffkreislauf zu errichten.² Iran hat, wie andere Staaten der Region mit Ausnahme Israels, aber auch mit Ausnahme Pakistans und Indiens, diesen Vertrag unter-

zeichnet.³ Im Februar 2003 gab die iranische Regierung bekannt, dass sie mit der Aufbereitung des eigenen Natururans begonnen habe⁴, betonte aber, damit friedliche Zwecke zu verfolgen.

Unbestrittene Tatsache ist auch, dass Iran im Herbst letzten Jahres unter Sanktionsdrohungen allen Forderungen der USA und der EU nachgegeben hat. Teheran ging die Verpflichtung ein – und kam ihr zumindest weit gehend nach –, einen vollständigen Bericht über das Atomprogramm vorzulegen. Die Regierung stimmte der Ausweitung der Kontrollbefugnisse der IAEA-Inspektoren zu, ließ Überraschungsinspektionen zu und verzichtete auf die Urananreicherung. Dafür sollte die IAEA gemäß einer Abmachung zwischen Iran, Deutschland, Frankreich und Großbritannien anerkennen, dass Iran das Recht hat, sein Atomprogramm zu friedlichen Zwecken fortzusetzen. Die Teheraner Regierung wirft nun den drei europäischen Regierungen vor, dass sie sich dafür in der IAEA nicht eingesetzt haben und dass sie ebenso die zugesagte technische Zusammenarbeit bisher verweigern. Im Frühsommer dieses Jahres begann Iran wieder mit dem Bau von für die Urananreicherung notwendigen Gaszentrifugen, setzte aber die eigentliche Urananreicherung weiterhin aus. Auch der Bau der Gaszentrifugen soll iranischen Angaben zufolge inzwischen wieder eingestellt worden sein.

Unbestrittene Tatsache ist drittens, dass Iran zumindest bisher nicht über Atomwaffen verfügt. Auch der Generaldirektor IAEA al-Baradei behauptet, trotz erheblichen Drucks seitens der US-Regierung, nicht, dass das Land gegen den Atomwaffensperrvertrag verstoßen hat oder verstößt. Vielmehr meldet al-Baradei „weiteren Aufklärungsbedarf“ an. Er rügte, dass seine Behörde von Teheran zugleich „Informationen und Desinformationen“ erhalten habe. In seinem Bericht vom Juni 2004 nannte al-Baradei im Wesentlichen zwei zentrale unbeantwortete Fragen. Die erste betraf Spuren von schwach und hochangereichertem Uran – die Herkunft hochangereichterten Urans könnte womöglich Aufschluss über mögliche Programme zur militärischen Nutzung der Kernspaltung geben. Die zweite betrifft das Ausmaß des Programms für Zentrifugen für Urananreicherung.

Es gibt – viertens – auch keine zwingenden Beweise, dass Iran mit seinem Atomenergieprogramm wirkliche militärische Ziele verfolgt. Allerdings kann die Urananreicherungs-lage in Natans der Sache nach sowohl für zivile wie auch für militärische Zwecke genutzt werden: entweder, um Brennstäbe für Kernreaktoren zu produzieren, oder um hochan-

gereichertes Uran für Atombomben herzustellen. Nun ist dem Iran als Mitgliedstaat des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags die Urananreicherung nicht untersagt, solange sie unter internationaler Kontrolle erfolgt. Andererseits verfügt er damit über Möglichkeiten zur Herstellung von Atomwaffen. Die Regierung betont, keine Atomwaffen herstellen zu wollen und das Programm ausschließlich zu friedlichen Zwecken zu nutzen. Aber im Zusammenhang der erneuten Verschärfung des Konflikts erörtern Konservative in der Islamischen Republik offen, dass das Land den Vertrag auch jederzeit kündigen könne.⁵ Das trägt erheblich dazu bei, dass die Position des Irans zweideutig wirkt.

Drohende Ausweitung des Krieges

Am 16. September, also kurz vor Verabschiedung der Resolution durch den Gouverneursrat der IAEA, machte die *Financial Times Deutschland* einen Bericht über den Konflikt unter der Schlagzeile auf: „Militärschlag gegen Iran wird wahrscheinlicher“. Diesem Bericht zufolge wird die Möglichkeit eines „Militärschlages“, sollte der Iran die Forderungen ignorieren, nicht nur in der Bush-Administration erwogen, sondern auch von europäischen Regierungen bzw. EU-Institutionen nicht ausgeschlossen⁶: „In den USA und Europa kommen Außenpolitiker zu der Einschätzung, dass die atomaren Ambitionen der iranischen Regierung mittelfristig nur durch einen Militärschlag zu stoppen sein könnten. Besonders in Europa ist die Beunruhigung über das Atomprogramm groß.“ Um einen solchen „Militärschlag“ in der öffentlichen Meinung in Europa zu legitimieren, wird folgendes Bedrohungsszenario entworfen: „Eine Nuklearisierung des Iran würde zu einer ‚dramatischen Veränderung‘ der strategischen Lage im gesamten Nahen Osten führen, so die Analyse im EU-Ministerrat in Brüssel. Ein atomarer Rüstungswettlauf in dem Gebiet dürfte beginnen. ‚Wir könnten eine Region bekommen, die von Israel bis



Pakistan atomwaffenfähig ist', sagte der CDU-Politiker und Chef des Außen Ausschusses im EU-Parlament, Elmar Brok. Dann könnten die Iraner mit ihren Mittelstreckenraketen überdies Europa atomar angreifen. 'Es ist nicht auszuschließen, dass der Konflikt dann auch die EU erreicht', heißt es bei der Union. 'Und dann wäre auch die Nato mit drin', sagte ein Vertreter der Allianz in Brüssel. "

Tatsächlich aber droht die Ausweitung des Krieges zur Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens auf den Iran.

Ist es wirklich nur Zufall, dass der Konflikt um das Atomprogramm Irans im August 2002 begann, als angeblich iranische Exilgruppen bekannt machten, dass Iran in Natans eine Urananreicherungsanlage baut? Just zu dem Zeitpunkt, als sich in Afghanistan führende Nato-Mächte militärisch festgesetzt und eine von ihnen abhängige Regierung installiert hatten und als die Kriegsvorbereitungen der USA und anderer gegen den Irak angelaufen waren? Iran ist durch Truppen der USA und anderer Nato-Mächte in der Türkei, Afghanistan, Pakistan, Irak, den Golfstaaten, ja im Kaukasus inzwischen praktisch vollständig eingekreist. Der Angriff auf Afghanistan und der Angriff auf den Irak zielte, das konnte nicht nur Iran so scheinen, von Anfang an auch und nicht zuletzt auf den Iran, eine Regionalmacht, die der Hegemonie der westlichen Mächte über die Region des Mittleren Ostens im Wege stand und steht.

Hinzu kommt ein Weiteres. Trotz ihrer drückenden militärischen Überlegenheit bringen die westlichen Mächte weder Afghanistan noch Irak unter Kontrolle, im Gegenteil. In Afghanistan stehen weite Gebiete unter der Kontrolle von Taliban und anderen Kriegsherren, und nicht einmal in den besetzten Gebieten herrscht annähernd „Sicherheit“. In Irak bringt das Erstarken des – auch militärischen – Widerstandes die USA in ernsthafte Bedrängnis. Die USA sehen den Iran als Hinterland, Ruheraum und Stützpunkt der bewaffneten Kräfte in Afghanistan und Irak. Auch bezichtigen sie ihn, die Sadr-Milizen auszurüsten und zu finanzieren. Alles spricht dafür, dass sie, im Verein mit Deutschland, Frankreich und Großbritannien, nach den Vereinbarungen im Herbst letzten Jahres, den Konflikt um das Atomprogramm erneut und gezielt verschärften, um eine Handhabe für einen Angriff auf den Iran zu schaffen.

Die Bedingungen, die sie Iran stellen, laufen darauf hinaus, dem Land die Möglichkeit auch zu friedlicher Nutzung der Atomenergie zu nehmen oder es über den NVV hinaus unter internationale, d.h. Kontrolle zu stellen. Betrachtet man den Verlauf des Konflikts seit letztem Jahr, drängt sich der Eindruck auf, dass dem Iran keine Möglichkeit gegeben werden soll, die Bedingungen zu erfüllen. Das weckt die Erinnerung an die Kriegsvorbereitung und die Schaffung von Kriegs-

gründen gegen den Irak.

Umgekehrt sind aber auch die Reaktionen des Iran besorgniserregend. Mitte August zitierten Nachrichtenagenturen den iranischen Verteidigungsminister Schamchani mit der Aussage, dass der Iran nicht mit verschränkten Armen daisitzen und darauf warten werde, was andere ihm antäten: „ein Präventivschlag [ist] kein amerikanisches Monopol“. Ein Angriff auf die Atomanlagen werde als Angriff auf das gesamte Land angesehen, „und wir werden mit allen unseren Mitteln zurückschlagen“. ⁷ Drohungen aus Israel, die Entwicklung von Atomwaffen gegebenenfalls mit militärischer Gewalt zu verhindern, beantwortete ein iranischer General mit der Drohung, den israelischen Atomreaktor Dimona anzugreifen, falls Israel iranische Atomanlagen angreife.

Fischer zündelt

So bahnt sich eine brandgefährliche Eskalation des Konflikts an. Die USA, aber auch Großbritannien, Frankreich, die BR Deutschland und andere Nato-Mächte, die ihre Vorherrschaft über den Mittleren Osten errichten wollen, drohen nicht zum ersten Mal damit, die Probleme, in die sie durch ihre Angriffe auf Afghanistan und den Irak geraten sind, durch die Ausweitung des Krieges zu „lösen“.

Die BR Deutschland spielt dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die „Warnungen“, die Außenminister Fischer der iranischen Regierung zukommen lässt⁸, tragen zur Verschärfung des Konflikts bei und bestärken all jene Kräfte, die ihr Heil in einem möglichen Angriff auf den Iran suchen. Glaubt Fischer wirklich, er könne helfen, die Lunte zu legen, und die BRD sich dann aus den Folgen heraushalten? scc

- 1 Neue Zürcher Zeitung, 24.11.03, Irans scharf beobachtetes Atomprogramm
- 2 Internationale Politik 8/2003, Oliver Thränert, Atommacht Iran – was tun?
- 3 Le Monde diplomatique, 10.10.03, Paul-Marie de La Gorce, Teheran vor der Offenlegung seines Atomprogramms
- 4 Damit befindet sich Iran in Gesellschaft der USA, Russlands, Japans, Kanadas, Argentiniens, Indiens und Pakistans.
- 5 Neue Zürcher Zeitung, 14.9., Irans Ringen um nuklearen Spielraum
- 6 Financial Times Deutschland, 16.9., Militärschlag gegen Iran wird wahrscheinlicher.
- 7 19.8., N24.de, AFP, Iran droht mit Militärschlag. Schamchani hat die Äußerungen einige Tage später etwas relativiert.
- 8 Reuters gibt Fischer am 6.9.04 wie folgt wieder: „Ich appelliere nochmals an die Führung in Teheran, hier keiner Fehlkalkulation zu unterliegen“, sagte Fischer am Montag bei der Eröffnung eines Treffens der deutschen Botschafter in Berlin. Der Iran solle nicht glauben, dass er sein Atomprogramm entgegen internationalen Vereinbarungen fortsetzen könne, weil der Westen nach der Auseinandersetzung um den Irak nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Lage sei. „Diese Vorstellung wird darauf hinauslaufen, wenn sie erfolgreich umgesetzt wird, dass wir einen nuklearen Rüstungswettlauf im Nahen Osten bekommen“, sagte Fischer. „Die internationale Gemeinschaft wird dies nicht akzeptieren.“

Kopftuchverbote in der Praxis

Vor drei Monaten urteilte das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, das Kopftuchverbot im baden-württembergischen Schulgesetz sei rechtmäßig und die Lehrerin Fereshda Ludin müsse daher nicht eingestellt werden. Damit ist die juristische Auseinandersetzung vermutlich nicht abgeschlossen. Frau Ludin will eventuell erneut vor das Bundesverfassungsgericht. Dieses hatte ihr schon einmal Recht gegeben und dem Land verboten, ohne gesetzliche Grundlage die Einstellung wegen Kopftuchtragens zu verwehren. Der Landtag hatte daraufhin ein Gesetz verabschiedet, wonach christliche und jüdische Symbole bei Lehrkräften zugelassen sind, das Kopftuch aber nicht. Selbst wenn das Verfassungsgericht dieses Gesetz billigen würde, könnte auch noch der Europäische Gerichtshof angerufen werden. Zudem prüft seit Juni die EU-Kommission, ob mit dem Kopftuchgesetz das EU-Diskriminierungsverbot verletzt wird.

Aus Baden-Württemberg sind weitere Fälle bekannt. In Stuttgart haben sich Schulleitung, Kollegium, Eltern sowie Schüler und eine zum Islam übergetretene Lehrerin seit mehreren Jahren auf eine Tolerierung mit einem „modisch gebundenen“ Kopftuch geeinigt. Allerdings ist ausgehend von der Schulaufsicht ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht anhängig. Bei der Tochter dieser Lehrerin, die nach dem Referendariat im Umland von Stuttgart unterrichten wollte, machten zunächst Elternbeiräte Stimmung und störten den Schulfrieden, worauf das Ministerium die junge Frau beurlaubte und weiterverfolgt.

Niedersachsen war das zweite Bundesland, das sein Schulgesetz geändert hat. Auch hier wird das Kopftuchverbot praktiziert. In Hannover musste die Lehrerin Iman Alzayed, eine zum Islam übergetretene gebürtige Deutsche, ebenfalls bis vors Bundesverwaltungsgericht klagen. Sie stimmte aus finanziellen Gründen einem Vergleich zu: kein Kopftuch im Unterricht gegen weitere Beschäftigung. Im August hat sie aber Hannover verlassen, weil sie in Österreich mit Kopftuch unterrichten kann.

Im Saarland gilt seit August ein Kopftuchverbot an öffentlichen Schulen; aber, so die Auskunft der GEW, es gäbe keinen anhängigen Fall.

In Berlin gibt es einen SPD/PDS-Gesetzentwurf, der außer im Schuldienst auch für Richter, Polizisten und den Strafvollzug alle deutlich sichtbaren religiösen Symbole, d.h. faktisch vor allem das Kopftuch, verbieten will. In Hessen hat die CDU einen Gesetzentwurf vorgelegt. In Bayern gibt es bisher Ankündigungen. Andere Bundesländer sind noch unschlüssig (Bremen) oder sehen keinen Bedarf, bzw. es kommt Widerstand von den mitregierenden Grünen. alk

Praktikable Alternativen gesucht

Die Wahlergebnisse ermöglichen in Brandenburg ein Linksbündnis und werden wahrscheinlich in eine SPD/CDU-Koalition münden. Sie nötigen in Sachsen die CDU fast unausweichlich zu einer „großen Koalition“ mit der SPD. Für Sachsen bedeutet eine Koalition der CDU mit der SPD: mehr Rücksicht auf die Interessen der Menschen, die Lohnarbeit anbieten. Die gegebene Möglichkeit einer SPD/PDS-Koalition in Brandenburg wirkt auch so. Im Bundesrat bliebe die Union in der Mehrheit, aber die für den Zeitpunkt der NRW-Landtagswahl angepeilte Zweidrittelmehrheit wäre kaum noch drin. In Folge dessen sehen sich die Bürgerlichen durchaus als Wahlverlierer. Ihre Möglichkeiten, Gesetzgebung und Regierungstätigkeit im Sinne ihrer Klientel zu steuern, hat das Wahlergebnis – nur ein bisschen, aber eben doch eindeutig – verringert.

Das Wahlergebnis lässt auch Schlüsse über Trends in der öffentlichen Meinung zu. Die Union lebte in den letzten Jahren von der Wirtschaftskompetenz, die ihr vielstimmig zugeschrieben worden war. Die stabilere Konjunktur der unionsregierten Süd-Länder im Westen und die besseren Wachstumszahlen Sachsens im Osten boten dieser Meinung praktische Anhaltspunkte. Das Wahlergebnis in Sachsen kann deswegen schwindende Hoffnung auf Entwicklungschancen und in die Kompetenz der Regierung anzeigen. Das sind Zweifel, die tief in die Union hineinreichen, so äußerte sich der CSU-Kronprinz Seehofer anlässlich der Hartz-Proteste mit der Frage, ob die Rat-

<http://de.wikipedia.org/wiki/Populismus>

Populismus (nach lateinisch *populus* – Volk) ist eine Art der Ausübung von Politik. Populismus ist grundsätzlich unabhängig von Inhalten; der Begriff bezieht sich auf die Art und Weise, wie Programme festgelegt, dargestellt und umgesetzt werden. Populistische Politiker und Parteien sind gekennzeichnet durch eine Politik, die sich in oft opportunistischer Weise an den geäußerten Meinungen des Volkes orientiert. Sie achten bei politischen Maßnahmen und Äußerungen meist mehr darauf, ob sie die Zustimmung des Volkes finden, als darauf, ob sie die anstehenden Probleme wirklich lösen. Populistische Politik zeichnet sich dadurch aus, dass Probleme und Positionen meist auf wenige Schlagworte vereinfacht werden. Oft werden sie auch auf demagogische Weise dargestellt. Populistische Program-

me sind wegen dieser Vereinfachung oft sehr vage bezüglich der angestrebten Maßnahmen. In jüngerer Zeit werden vor allem manche rechtsgerichteten Politiker als Populisten bezeichnet, so etwa Silvio Berlusconi, Jean-Marie Le Pen, Christoph Blocher, Jörg Haider, oder Ronald Schill. Populismus ist allerdings nicht an eine politische Richtung gebunden; so wurde auch der FDP-Politiker Jürgen Möllemann von vielen als Populist angesehen, und auch Gerhard Schröder und Wolfgang Schäfer werden von einigen populistische Elemente in ihrer Politik nachgesagt. Dem ist entgegenzuhalten, dass im Zuge der gegenwärtigen Ausrichtung der sozialdemokratischen Parteien vielfach unpopuläre Maßnahmen ergriffen werden, um nachhaltige Ziele zu verwirklichen.

schläge der Wirtschaftswissenschaft wohl immer richtig seien.

In einer solchen Konstellation wären die Stimmen für die PDS von der Erwartung getragen, dass diese Partei in einem Umfeld sozialer Unsicherheit für „das Soziale“ eintreten werde. Das Wahlergebnis überträgt der Partei eine Art Wächteramt, eine klassische Oppositionsrolle. Es ist bezeichnend, dass höher gesteckte Erwartungen nicht erfüllt worden sind. Käme die PDS ans Regieren, hätte sie wohl nach wie vor inhaltlich nicht ausreichend viel zu bieten. Die Diskussion einer alternativen Struktur- und Wirtschaftspolitik steckt noch in den Kinderschuhen, in der Partei und in der Öffentlichkeit. Es käme zu einer SPD-Politik mit kleinen Beimischungen, so wie in Mecklenburg-Vorpommern und in

Berlin, eine Aussicht, die nicht geeignet war, Wählerschaft in ausreichender Zahl an die Urne zu locken.

Die Verfestigung der Wahlergebnisse der DVU und beunruhigender noch der Einzug der NPD in den sächsischen Landtag beruhen zum erheblichen Teil auf Jungwählern. Es handelt sich um eine Wiederbelebung des Nationalsozialismus, freilich in einem geänderten Umfeld. Hitlers Nationalsozialismus war mit einem auf mittlere Frist realisierbaren Wirtschaftskonzept verbunden, in dem die politische Macht der Nazis das Marktgeschehen im Sinne von Blut-und-Boden und Brauchtum-und-Sitte regulierte. Großraumwirtschaft wurde auf dem Wege kolonialer Erweiterung angestrebt. Kulturelle Differenzen in eine Schema von Über- und Unterordnung,

Aus einer Analyse der IG Metall

Die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen zeigen eine tiefe Erschütterung in den neuen Bundesländern. Die Integrationsfähigkeit der beiden gesamtdeutschen Volksparteien CDU und SPD umfasst nur noch auf die Hälfte der Wähler/innen. Die Wahlergebnisse der rechtsextremen

Parteien und anderer Splitterparteien sind die sichtbare Spitze dieser gesellschaftlichen Desintegrationsprozesse. 17% der 18- bis 29-Jährigen und 13% der Arbeiter haben in Sachsen NPD gewählt. NPD und DVU ist es in den letzten Wochen gelungen, den emotional zugespitzten Sozialprotest um Hartz IV mit ihren rechtsextremen Positionen zu verbinden. Für drei Vier-

tel der NPD-Wähler in Sachsen und für über 50% der DVU-Wähler in Brandenburg war der Protest gegen Hartz IV das wichtigste Wahlmotiv. Die PDS konnte vom Hartz-Protest fast ähnlich stark profitieren. Für 61% der sächsischen PDS-Wähler/innen und für 47% der brandenburgischen PDS-Wähler/innen war Hartz IV das wahlentscheidende Thema.

Brandenburg	Landtagswahl 1999 Zweitstimme	%	BTW 2002 Zweitstimme	%	Landtagswahl 19.09.2004 Zweitstimme	%
Wahlberechtigte	2.056.834		2.101.025		2.109.227	
Wähler	1.116.874		1.547.957		1.194.407	
ungültige Stimmen	14.514	1,3	21.451	1,4	25.402	2,1
Nichtwähler	939.960	45,7	553.068	26,3	914.820	43,4
Wahlbeteiligung		54,3		73,7		56,6
CDU	292.634	26,6	339.868	22,3	227.036	19,4
SPD	433.521	39,3	707.871	46,4	372.956	31,9
Grüne	21.410	1,9	68.765	4,5	42.107	3,6
F.D.P.	20.472	1,9	88.685	5,8	38.887	3,3
PDS	257.309	23,3	263.228	17,2	326.922	28,0
DVU	58.247	5,3	nicht angetreten	0,0	71.003	6,1
NPD	8.137	0,7	23.271	1,5	nicht angetreten	0,0
Sonstige	10.630	1,0	34.818	2,3	90.094	7,7

Freistaat Sachsen	Landtagswahl 1999 Zweitstimme	%	BTW 2002 Zweitstimme	%	Landtagswahl 19.09.2004 Zweitstimme	%
Wahlberechtigte	3.592.456		3.571.995		3.553.491	
Wähler	2.196.282		2.632.297		2.118.830	
ungültige Stimmen	32.210	1,5	45.197	1,7	38.751	1,8
Nichtwähler	1.396.174	38,9	939.698	26,3	1.434.661	40,4
Wahlbeteiligung		61,1		73,7		59,6
CDU	1.231.254	56,9	868.167	33,6	855.248	41,1
SPD	232.311	10,7	861.685	33,3	204.390	9,8
Grüne	55.609	2,6	119.530	4,6	106.802	5,1
F.D.P.	23.369	1,1	187.759	7,3	122.410	5,9
PDS	480.317	22,2	418.329	16,2	490.495	23,6
REP	32.793	1,5	26.190	1,0	nicht angetreten	0,0
NPD	29.593	1,4	36.814	1,4	191.087	9,2
Sonstige	108.419	5,0	105.440	4,0	109.647	5,3

von Bestimmung zur Herrschaft und zur Vernichtung eingeordnet. Zum Zeitpunkt der Machtübernahme verfügte die NSDAP über eine Strategie, deren Komponenten, die Niederwerfung der Arbeiterbewegung, Arbeitsdienst für Arbeitslose, Expansion der Rüstungsindustrie, finanziert durch Staatsverschuldung für ein paar Jahre, eine Volksgemeinschaft mit Herrenmenschenansprüchen konstituieren konnte.

Da das Wirtschaftsleben heute auf weltweiten Verflechtungen beruht, können die neuen Nationalsozialisten auf die alten Vorstellungen hegemonial durch das Deutschum geordneter Großraumwirtschaft nicht zurückgreifen. Sie sind, ohne eigene Konzeption, brutale Erfüllungsgehilfen rechter Politik. So war es bei der Zerstörung des Asylrechtes, als Gesetzgebung und Mordtaten zum Ergebnis der Festung Europa führten.

Mit Blick auf Europas neue unruhigen Grenzen zeichnen sich für die neuen Nationalsozialisten die Wanderarbeiter aus den Grenzregionen der EU ab, d.h. die Muslime und auch die aus den slawischen Ländern. Ideologischer Klimbim, Straßenterror, Positionsbildung zu Gesetzgebungsverfahren, auch Bereitschaft zum Soldatentum – hier kann sich alles austoben. Aber: Nur wenn und soweit eine offizielle Politik die Bezugsgrößen setzt.

Noch ein Wort zu Hartz IV. Die IG Metall verweist in einer ausführlichen Stellungnahme zum Wahlergebnis einleitend darauf, dass diese Gesetze für einen erheblichen Teil der (NPD-/DVU-) bzw. der PDS-Wähler entscheidend gewesen sei (siehe Kasten). Das muss keine Überschneidung von Wählern und Motiven bedeuten, sondern bloß, dass diese Sozialgesetzgebung von links kritisiert werden kann mit sozialem und humanistischem Hintergrund, aber eben auch von rechts, mit völkisch-nationalistischem Hintergrund. Allemal unterscheiden sich die Konsequenzen der Kritik.

Der PDS als linker Partei in den Institutionen der Gesellschaft kommt – so lässt es sich aus dem Wahlergebnis herauslesen – einerseits die Aufgabe zu, unsoziale Entwicklungen der Gesetzgebung früh zu erkennen und zu kritisieren. Sie muss aber in ihrer Kritik reformorientiert bleiben, Alternativen oder auch bloß Aushilfen suchen.

Die Orientierung auf die Alternative ist die wichtigste Möglichkeit, die Differenz zu den Nationalsozialisten jederzeit klar zu halten.

Wenn die PDS im Dialog mit sozialen Bewegungen und politischer Öffentlichkeit ein fundiertes Angebot von Alternativen entwickelt, wird auch die Orientierung auf Regierungsbeteiligung akzeptabel, die gegenwärtig, in ihrer Funktion als abhängiger Partner der SPD, die Partei vor allem für vulgäre Deutungen und Abweichungen anfällig macht.

maf



Die Gespräche über die Wiedereinsetzung der 2002 suspendierten Allparteienregierung in Nordirland wurden nach drei Tagen ergebnislos abgebrochen. In wichtigen Fragen waren zwar deutliche Fortschritte gemacht, so in der Übertragung von Aufgaben der britische Polizei an eine Lokalverwaltung in Belfast. Auch in der Frage der Entwaffnung und Auflösung der IRA stand man kurz vor einer Einigung. Dann jedoch verweigerte die rechte protestantische DUP mit ihrem berühmten Vorsitzenden Paisly die Zustimmung zu den Vereinbarungen, und sie verlangte außerdem weitreichende Änderungen am so genannten Karfreitagsabkommen, die darauf hinausliefen, den pro-britischen Protestanten doch noch die Alleinherrschaft zu sichern.

Afghanistan: prekärer Sicherheitslage verhindert Wahlbeobachtung

Zwei Wochen vor den für den 9. Oktober geplanten Wahlen in Afghanistan erklärt die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), dass die unsichere Situation in Afghanistan jede nennenswerte Wahlbeobachtung verhindere. Die Organisation, die bereits mehrere internationale Wahlbeobachter in verschiedenen Ländern stellte, entschied, dass das Risiko in Afghanistan zu groß sei, um die „üblichen Aufgaben“ dort zu erledigen. Ein Erkundungsteam, das Afghanistan im Juli besucht hatte, kam zu dem Ergebnis: „Die gegenwärtigen und in naher Zukunft absehbaren Verhältnisse in Afghanistan sind deutlich unterhalb des Standards, der mindestens nötig wäre, um eine Wahlbeobachtung zu leisten, die den Namen verdient hat.“ Seither hat sich die Lage eher noch verschlechtert. Deshalb will die OECD lediglich eine Handvoll Leute dorthin schicken, ein Unterstützungsteam, das sich „jeden Kommentars“ zu den Wahlen enthalten werde. Ähnlich entschied die EU, die ebenfalls nur ein kleines Expertenteam schicken will, das die Durchführung der Wahlen nicht kommentieren wird. Die Organisation Afghanistan Research and Evaluation Unit kommt in einem jüngst veröffentlichten Lagebericht zu dem Schluss, dass ohne massiven Einsatz von Wahlbeobachtern das Risiko der Manipulation sehr groß sei. „Im Grunde“ sei ein Umfeld, das zu gefährlich für Wahlbeobachter sei, auch „zu gefährlich für Wahlen“. Allein in diesem Jahr wurden bei Anschlägen und Angriffen schon über 900 Menschen getötet, darunter zahlreiche Zivilisten und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen. Erst vor wenigen Tagen wurden die Leichen zweier von den Taliban entführten Wahlhelfer gefunden. (Quelle: Telepolis, Yahoo)

Israel: Die Rechte macht mobil

Zehntausende israelische Siedler und Sympathisanten demonstrierten am 12.9. in Jerusalem gegen die Ankündigung Scharons, dass sich Israel bis Ende 2005 aus dem Gaza-Streifen zurückziehen werde. Zuvor hatten Siedlervertreter mit dem „Bürgerkrieg“ gedroht. Sie würden sich der Räumung israelischer Siedlungen im Gaza-Streifen widersetzen und israelische Soldaten gewaltsam vertreiben. Scharons Likud-Kollege und vormalige Ministerpräsident Netanjahu fordert inzwischen einen Volksentscheid. Die israelische Zeitung Haaretz sieht darin eine indirekte Unterstützung für die rechten Gegner des Abzugs, mit dem vor allem Zeit geschunden werden solle. Ein auch vom Vater und Bruder Netanjahus sowie von Likud-Politikern unterzeichnetes „Manifest“ geißelt die beabsichtigte Auflösung der Siedlungen als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und als „Ausdruck von Tyrannei, Bosheit und Willkür“ und ruft Offiziere und Soldaten auf, sich an dieser „ethnischen Säuberung“ nicht zu beteiligen. Uri Avnery berichtet von einem weiteren Manifest, in dem es heißt, das jüdische Religionsgesetz befehle das Töten von unschuldigen palästinensischen Zivilisten, wenn dies helfe, jüdische Soldaten zu retten. Dieses Manifest ist von Rabbinern der Jeschiwoth Hesder unterzeichnet. „Um dies zu verstehen“, schreibt Avnery, „muss man wissen, dass diese Jeshivot in Wirklichkeit militärische Einheiten sind. Sie stellen ein einzigartiges Phänomen der israelischen Armee dar: ganze Einheiten, die sich auf eine politisch-ideologische Basis gründen, gehorchen ihren eigenen Führern.“ Als einzige religiöse Stimme hätte die kleine Gruppe der „Rabbiner für Menschenrechte“ diese Inanspruchnahme der Religion für das Töten von Zivilisten kritisiert.

Zusammenstellung: scc

HANNOVER. 10.000 blinde und sehbehinderte Menschen demonstrierten am 11. September 2004 in Hannover und zeigen damit den Verantwortlichen in Niedersachsen und in ganz Deutschland, wie wichtig der Erhalt des Blindengeldes ist. Damit war die Demonstration in Hannover die größte Versammlung blinder Menschen in Deutschland, die es jemals gab. Dieser Tag ist in die Geschichte der Blinden- und Sehbehindertenselbsthilfe eingegangen. Der Blindenverband ruft auf, sich weiterhin intensiv der weiterlaufenden Protestaktion „Sammlung von Unterschriften auf Listen und Postkarten“ zu widmen und überall darauf aufmerksam zu machen. Heute verfügt er bereits über 100.000 Protestadressen und will diese nach Möglichkeit steigern auf 250.000 oder auch 500.000. Sie sollen dann Ministerpräsident Wulff in einer besonderen Aktion überreicht werden. www.blindenverband.de



Ausländerbeirat protestiert gegen Auflösung der Migrantenvertretung

FREIBURG. Seit 1987 vertritt der Ausländerbeirat in Freiburg die Belange der über 25.000 nichtdeutschen Freiburger und Freiburgerinnen. Sie ist damit die einzige, direkt gewählte, politische Vertretung aller Migrant/innen der Stadt. Damit soll jetzt Schluss sein. Ausgerechnet Freiburgs grünes Stadtoberhaupt, Dieter Salomon, hat Mitte Juli im Gemeinderat erklärt, dass er den 29-köpfigen Ausländerbeirat für „verzichtbar“ hält. Begründung: Er sei mit jährlichen Kosten in Höhe von 74.000 Euro zu teuer und politisch überflüssig. Denn die EU-Ausländer/innen hätten ohnehin bei Kommunal- und Europawahlen aktives und passives Wahlrecht und somit genügend Möglichkeiten der politischen Mitwirkung, wie der OB Ende Juli in einer Pressemitteilung bekannt gab. „Verwaltung stellt deshalb Verzicht auf bisherigen Ausländerbeirat zur Diskussion“, heißt es dort.

Dass nun ausgerechnet das einzig frei gewählte Gremium, in dem Migrant/innen sich politisch organisieren können, von der Verwaltung als überflüssig betrachtet wird, empört nicht nur Ausländer/innen. Einem lediglich vom Gemeinderat ernannten Migrationsausschuss „würde die demokratische Legitimation fehlen“, kritisierte etwa SPD-Stadtrat Walter Krögner, seit fünf Jahren in Ausländerbeirat und Flüchtlingskommission aktiv. Auch die schiefe Argumentation der Verwaltungsspitze verärgert. „Lediglich 6% der Wähler Freiburgs sind EU-Ausländer. Mehr als zwei Drittel der ausländischen Wohnbevölkerung Freiburgs kommt nicht aus EU-Staaten und hat somit keinerlei Wahlrecht“, stellte der Ausländerbeirat auf einer Pressekonferenz klar. Über 16.000 Migrant/innen hätten also in Freiburg keinerlei Möglichkeit der politischen Mitbestimmung mehr, sollte sich Salomon mit seinem Plan durchsetzen. Außerdem würde die

bestehende Spaltung zwischen Migrantengruppen in EU- Ausländer/innen und Nicht-EU-Ausländer/innen durch Abschaffung des Beirats vertieft. „Wir wollen mehr Demokratie, nicht weniger“, fordert deshalb der Beirat. „Wir wissen aus anderen Städten, dass Gremien, die von Parteien oder der Stadt abhängig sind, nicht funktionieren“. In den Sommerferien versuchte der Ausländerbeirat, durch Aktionen und Kampagnen gegen die Pläne des Oberbürgermeisters zu Felde zu ziehen und die Öffentlichkeit über seine Arbeit und sein Anliegen zu informieren. Am 18. September führte er eine Kundgebung für den Erhalt des Beirats auf dem Rathausplatz durch.

Ungeachtet der Kritik und des vorhandenen Diskussionsbedarfs will der Gemeinderat bereits am 28. September die Sache abstimmen und einen Schlussstrich unter 18 Jahre demokratischer Migrant/innen-Vertretung in Freiburg ziehen. www.stattweb.de

Demonstration in Bonn für ein wirkungsvolleres Fluglärmsgesetz

BONN. Am 13. September 2004 haben knapp 200 Vertreter von Bürgerinitiativen, Lärmschutz- und Umweltverbänden wie der Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF), dem Verkehrsclub Deutschland (VCD) und dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) aus Anlass der Experten-Anhörung zum

Fluglärmsgesetz vor dem Bundesumweltministerium in Bonn demonstriert. Die Teilnehmer aus Berlin, Bremen, Hannover, Frankfurt/Main, Köln-Bonn, Düsseldorf und München erreichten durch das lautstarke Rufen ihrer Forderungen und einem kurzen Demonstrationzug vor dem Gebäude, dass der für die Anhörung zuständige Abteilungsleiter aus dem Umweltministerium Dr. Uwe Lahl herauskam und mit ihnen sprach. Es kam zu einem gegenseitigen Austausch der Argumente und Dr. Lahl sicherte den Demonstranten zu, dass er ihre Aktion als Unterstützung für ein neues Fluglärmsgesetz versteht.

Beim jetzigen Novellierungsverfahren handelt es sich bereits um den dritten Versuch, dass aus dem Jahr 1971 stammende Fluglärmsgesetz zu verbessern. Wiederrum versucht die Luftfahrtlobby (Flughäfen, Fluggesellschaften, Luftfahrtindustrie und andere) durch Druck auf die Politiker zu verhindern, dass niedrige Lärm-Grenzwerte verbindlich festgeschrieben werden. bbi.unser-forum.de

Was ergab die Befragungsaktion der Friedensgruppen zur EU-Verfassung?

KASSEL. Auf Anregung des Bundesausschusses Friedensratschlag haben um den 1. September herum („Antikriegstag“ bzw. in Ostdeutschland als „Weltfriedenstag“ bezeichnet) in über 30 Städten (u. a. in Berlin, Chemnitz, Essen, Hamburg, Heidelberg, Kassel, München, Nürnberg, Rostock) Abstimmungen zu einigen Aspekten der EU-Verfassung stattgefunden. Durchgeführt wurden sie von lokalen Friedensinitiativen, die in der Regel versucht haben, an zentralen Plätzen (in Fußgängerzonen, vor Markthallen usw.) Passanten zu befragen. Die Befragung wird in einigen Städten fortgesetzt.

87 Prozent der Befragten sprachen sich gegen weltweite Kampfeinsätze von EU-Truppen aus (dafür: 10 %, der Rest enthielt sich); 86 Prozent lehnen die in der Verfassung vorgesehene Aufrüstungsver-



pflichtung der EU ab (11 % dafür). Gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sprachen sich 88 Prozent aus (dafür: 9 %). Ähnlich eindeutig auch das Ergebnis zur letzten Frage: 89 Prozent der Befragten wünschen ein Referendum (Volksabstimmung) über die EU-Verfassung. Die Befragung war natürlich nicht repräsentativ im statistischen Sinn. So dürften sich Passanten, die dem militärpolitischen Kurs der EU generell zustimmen, nur in geringerem Maß an der Abstimmung beteiligt haben.

Interessant und alarmierend zugleich war indessen die Weigerung sehr vieler Passanten, sich mit dem EU-Thema überhaupt zu beschäftigen. Ebenso alarmierend war auch die Unkenntnis vieler Menschen über den Inhalt der EU-Verfassung. Fazit des Bundesausschusses Friedensratschlag: „Das Militärprojekt EU wird von vielen Menschen eindeutig abgelehnt. Sie müssen aber darüber aufgeklärt werden. Im Hinblick auf ein mögliches Referendum – das die große Mehrheit der Bevölkerung wünscht und die Regierungskoalition mittlerweile nicht mehr ausschließt – stellt das für die Friedensbewegung eine der größten Herausforderungen der nächsten Monate dar.“ Der Bundesausschuss Friedensratschlag geht in diese Auseinandersetzung mit der Losung: „Ja zu Europa – Nein zu dieser Verfassung!“

www.uni-kassel.de/fb10/frieden

„Keine Rückkehr zum Sparfög“

BERLIN. In einem offenen Brief fordert der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) alle Bundestagsabgeordneten auf, den Haushaltsentwurf 2005 nachzubessern. Der Entwurf sieht für die BAföG-Förderung von Studierenden eine Kürzung von 19 Millionen Euro vor; die Gesamtmittel werden eingefroren. Statt der Kürzungen fordert der fzs, die Bedarfs- und Einkommenssätze endlich wieder an die gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen. Sascha Vogt vom Vorstand des fzs mahnte: „Schon der 15. BAföG-Bericht 2003 hatte eine Anpassung um 3 % empfohlen, seitdem ist die Kluft von Lebens- und Förderwirklichkeit noch größer geworden.“ Bleibt die Anpassung aus, droht aus Sicht des fzs die Entwicklung des BAföG zu kippen. Vor allem Haushalte mit geringem Einkommen und Kindern in Ausbildung wären davon betroffen. „Wir können uns keine Rückkehr zum Sparfög leisten, noch ist die Quote der Studierenden aus so genannten bildungsfernen Schichten rückläufig“, kommentierte Nele Hirsch den Haushaltsentwurf 2005. Finanzielle Gründe für eine erneute Nicht-Anpassung schließt Hirsch aus: „Es kann doch nicht sein, das für Elite-Unis bis 2010 über 700 Millionen Euro, für das BAföG aber kein einziger Cent zusätzlich bereit steht.“

Alternativvorschläge des fzs und Offener Brief unter: www.fzs-online.org

Abschiebecharter nach Togo gestartet – Protest am Flughafen

HAMBURG. Am 13. September 2004 ab 7.30 Uhr protestierten ca. 30 Menschen im Hamburger Flughafen Fuhlsbüttel. Anlass: Die mittlerweile dritte Massenabschiebung innerhalb kurzer Zeit. Schon im Mai hoben zwei Abschiebecharter von Deutschland aus ab. Mit Transparenten, Reden, Sprechchören, einem Theaterstück und Flugblättern wurden die Passagiere und das Flughafenpersonal informiert. Zu den Protesten hatten die Karawane für die Rechte der Flüchtlingen und MigrantInnen, die Flüchtlingsräte der Bundesrepublik, der Arbeitskreis Flüchtlinge-Asyl der Ärzte gegen den Atomkrieg, Pax Christi, das Deutsche Rote Kreuz und die Solidarische Kirche Nordelbien aufgerufen. Ein Großaufgebot von Polizei und BGS war im Einsatz. „Beamte des Bundesgrenzschutzes trugen drei Schwarzafrikaner, die mit einem Propellerflugzeug aus der Schweiz nach Fuhlsbüttel gebracht wurden, aus der Maschine, setzten sie in einen Kleinbus und fuhren sie die rund 50 Meter zu dem gecharterten Airbus, um sie dann in die Maschine zu tragen. Die Abzuschiebenden hatten dabei einen Kopfschutz auf, wie sie bei Sparringskämpfen von Boxern getragen werden.“ (Die Welt 14.09.04) Pünktlich um 9 Uhr fuhr die AERO FLIGHT-Maschine aufs Rollfeld, wo sie um 9.10 Uhr abhob.

Da die Hansestadt Hamburg angekündigt hat, Sammelabschiebungen im großen Stil weiterzuführen, rufen die Flüchtlingsgruppen auf, Protest und Widerstand zu verstärken. Auch die Forderung nach Offenlegung aller Vorgehensweisen und Planungen der Behörden wird weiter massiv gestellt werden.

<http://carava.net>

Demonstration am 3. Oktober gegen den Abschiebeknast Büren

BÜREN. Unter dem Motto „Büren: Abschiebeknast und Billiglohnfabrik. Gegen Abschiebemaschinerie und kapitalistische Verwertungslogik!“ veranstaltet die Büren-Gruppe Paderborn am Sonntag, den 3. Oktober 2004 um 13 Uhr eine bundesweite Demonstration am Abschiebeknast Büren. Die Veranstalter wenden sich auf dieser Demonstration besonders gegen die Privatisierung der Flüchtlingsversorgung, so auch der Abschiebeknäste. Die C.C.A., der größte privater Betreiber von Gefängnissen in den USA, werbe für sich bei den Aktionären als „einem Hotel, das immer zu 100 Prozent belegt (...) und bis zum Ende des Jahrhunderts ausgebucht ist“. In Deutschland sei die Firma Kötter Security im Geschäft, die auch in Büren Stöckerbusch Geld verdiene. Da sie auch Migranten einstelle, komme es zu der Situation, dass Migranten in Büren Migranten für 8,00 Euro die Stunde bewachen, während die Gefangenen für 2,00 Euro

Stundenlohn arbeiten. Von den 2,00 Euro wird allerdings noch fast die Hälfte einbehalten, um die „entstandenen Kosten“ zu finanzieren.

Weiter heißt es in dem Aufruf: „Die gesamte Flüchtlingsversorgung soll privatisiert werden. Sie soll – so heißt es von offizieller Seite – ‚professionell und effizient‘ vonstatten gehen. Die vom Gesetz geforderte ‚Abschreckung‘ hat allerdings mit ökonomischer Effizienz nichts zu tun. Die Auszahlung von Bargeld käme den Kommunen wesentlich billiger als die Ausgabe von Gutscheinen oder Essenspaketen. Die praktizierte ‚Effizienz‘ sichert die Gewinne der Firmen im ‚Flüchtlingsgeschäft‘ und wendet sich gegen die Flüchtlinge.“

Die Veranstalter wollen mit der Demonstration „stark und laut die Solidarität mit den Gefangenen bekräftigen und gegen dieses System von Freiheitsberaubung und Ausbeutung demonstrieren.“

www.aha-bueren.de

Kita-Kürzungen in Hamburg – Proteste gehen weiter

HAMBURG. Die Proteste der Erzieherinnen und anderer Beschäftigte der Kitas halten auch nach der Demonstration der 8000 an (s. letzte Ausgabe der PB). An einer Betriebsversammlung der städtischen Vereinigung der Kitas nahmen am 15.9.2004 im Audimax der Universität 3000 der 4500 Beschäftigten teil. Allein bei diesem Träger könnten die angedrohten Kürzungen der Finanzmittel zu bis zu 1000 Entlassungen führen. Akut gefährdet ist vor allem der gesamte hauswirtschaftliche Bereich.

Sprecherinnen der Hauswirtschaftskräfte griffen die Geschäftsleitung heftig an, die in der Vergangenheit jedes Gespräch über die Auslagerungspläne verweigerte, um dann kurz vor der Betriebsversammlung mit einem schäbigen Schreiben Angst und Schrecken zu säen. Der ver.di-Vertreter wies darauf hin, dass im pädagogischen Bereich vor allem die Entlassung der jüngeren Erzieherinnen drohe, da die Älteren mit 15-jähriger Betriebszugehörigkeit nicht entlassen werden könnten. Damit wird das ohnehin schrofte Problem einer deutlichen Überalterung des pädagogischen Personals noch einmal verschärft, und gleichzeitig werden die Arbeitsbedingungen für die älteren Kolleginnen härter.

Nach der Betriebsversammlung formierte sich ein großer Demonstrationzug von der Uni in die Innenstadt; auf einer Kundgebung auf dem Gänsemarkt schilderten zahlreiche Beschäftigte aus allen Bereichen, welche Auswirkungen die beabsichtigten Kürzungen auf die Kinder, die Arbeitsbedingungen und die Zukunft der Beschäftigten haben.

Einer größeren Delegation gelang es anschließend, die Polizei zu überraschen und der CDU-Fraktion im Rathaus eine Resolution zu überreichen.

scc

Zusammenstellung: bf

Aufruf: Soziale Gerechtigkeit statt Hartz IV – Wir haben Alternativen!

Rund 200 VertreterInnen der sozialen Bewegungen und Montagsdemonstrationen beschlossen am 6. September in Leipzig, zu einer bundesweiten Demonstration am 2. Oktober aufzurufen unter einem Motto, das auf Alternativen für soziale Gerechtigkeit abhebt. Knapp 2 Wochen später schlossen sich diesem Aufruf auch die über 150 VertreterInnen auf der Aktionskonferenz am 1./19. September 2004 in Frankfurt/M. an mit weiteren Aktionsvorhaben.

Aufruf zur Demonstration am 2. Oktober in Berlin, ab 13 Uhr Alexanderplatz

„In Deutschland fehlen Millionen Arbeitsplätze. Viele Kindergärten, Schulen und Hochschulen sind in einem miserablen Zustand. Jugendclubs und kulturellen Einrichtungen fehlen finanzielle Mittel. 756.000 Millionäre verfügen mit 2900 Milliarden Euro über mehr als 70 Prozent des Geldvermögens, über 50% der Haushalte dagegen über kaum mehr als 5%. Die sozialen Gräben in der Gesellschaft werden mit Hartz IV tiefer, das verfügbare Einkommen von Kleinverdienern, Erwerbslosen, Rentnern und Studenten wird geringer. Kinder und Frauen, Migranten und Migrantinnen trifft es besonders hart. Diese unsoziale Politik der Umverteilung von unten nach oben wird von der Regierung, CDU und FDP betrieben, um den großen Unternehmen im globalen Konkurrenzkampf Extragewinne zu sichern. Damit werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Im Gegenteil, die Kaufkraft bricht weiter ein und die Wirtschaftskrise wird beschleunigt. Diese Politik schürt Angst und Verunsicherung und stärkt damit Rassisten und Neonazis. Schluss mit der neoliberalen Politik von Bundesregierung, CDU/CSU und FDP! Eine andere Politik ist möglich. Wir setzen uns ein für:

- die Rücknahme der Hartz-IV-Gesetzgebung • Tarif- und Mindestlöhne gegen Niedriglohn- und Armutsarbeit
- ein menschenwürdiges Grundeinkommen, ohne diskriminierende Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitszwang
- Arbeitszeitverkürzung statt Verlängerung der Arbeits- und Lebensarbeitszeit • 60 Milliarden Euro sofort für Jobs zu menschenwürdigen Löhnen im Bereich Gesundheit, Bildung, Soziales, Kultur, Umwelt und öffentlicher Verkehr statt Arbeitszwang für 1 Euro
- angemessene Besteuerung großer Konzerne und Kapitalgesellschaften sowie der großen Vermögen • gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen, statt Festung Europa. Die Grenze ver-

läuft nicht zwischen Ost und West, nicht zwischen Nationen, sondern zwischen oben und unten. Unser Protest ist international. Wir stehen auf: Für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit in Europa und weltweit.“ www.zweiter-oktober.de

Aus der Erklärung der Aktionskonferenz am 18/19.9.2004 in Frankfurt/Main

„Wir erklären: • Wir lehnen Hartz IV, die Agenda 2010 sowie alle anderen Maßnahmen des sozialen Kahlschlags ab. Sie müssen rückgängig gemacht werden. • Wir werden den Protest der Straße in diesem Sommer auch im Herbst fortsetzen und treten dafür ein, dass der Protest in die Betriebe und Büros hineingetragen wird. Wenn der direkte Druck auf das Kapital wächst, besteht eine Chance, dass wir im Kampf gegen soziale Demontage, Arbeitszeitverlängerung, Rentenkürzungen, Massenarmut und Bildungsklause vorankommen! • Wir warten nicht bis die Gewerkschaftsspitzen sich uns anschließen werden, aber wir werden sie auch nicht aus der Verantwortung zur Stärkung der Bewegung entlassen!

• Wir begrüßen es, dass regionale und örtliche GewerkschafterInnen und Gliederungen eindeutig die Protestbewegung unterstützen. • Wir werden die Unterwanderung unseres Protestes durch Rechtsradikale und Neo-Nazis, die gegen den sozialen Kahlschlag nur für die Verbreitung ihrer menschenverachtende und rassistischen Ideologie ausnutzen wollen, aktiv entgegentreten! ... Wir rufen auf: • Organisieren wir gemeinsam die Montags- und die anderen geplanten Demonstrationen und Kundgebungen, sowie Aktionen bis hin zu Streiks im Betrieb und Büro!

• Wir rufen zu einer gemeinsamen, bundesweiten Demonstration am Samstag, 2. Oktober 2004 in Berlin auf und begrüßen und unterstützen die Demonstration am Samstag, 6. November 2004 in Nürnberg. • Als vorläufigen Höhepunkt des heißen Herbstes sehen wir den bundesweiten, dezentralen Aktionstag am 17. November. Dieser ehemals arbeitsfreie Tag (Buß- und Betttag) soll von allen Initiativen, Bündnissen, Gewerkschaften genutzt werden, um mit vielfältigen Aktionen den Protest gegen den Sozialkahlhieb zu stärken. An diesem Tag sollte möglichst wenig gearbeitet werden! • Wir setzen uns im Rahmen des Europäischen Sozialforums dafür ein, dass im Frühjahr 2005 zu einem weiteren europäischen Aktionstag in den Haupt/Großstädten aufgerufen wird. Nur gemeinsam sind wir stark!“ www.aggsk.de

Antifaschismus ist auch eine kommunale Aufgabe

Ein Vorschlag zur Kommunalwahl und zur Arbeit der Ratsmitglieder vorgelegt vom Landesausschuß der VVN-BdA NRW

Faschismus ist nicht nur ein (inter)nationales Phänomen – so geboren im Nazi-Deutschland und Mussolini-Italien in den 30er Jahren – sondern ist bemerkbar auch auf regionalen und kommunalen Ebenen, wie nicht zuletzt zu sehen an Kandidaturen neofaschistischer Gruppierungen bei den anstehenden Kommunalwahlen.

Konkret heißt das: Antifaschismus ist auch eine kommunalpolitische Aufgabe. Zur Kommunalwahl in NRW 2004 richtet die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) deshalb die folgenden Forderungen an die Kandidaten/innen der Parteien.

Wie stehen Sie dazu und sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen:

- Die Stadt richtet eine Stelle zur Beobachtung und Bekämpfung neofaschistischer Aktivitäten ein. Die dort Beschäftigten sollten schwerpunktmäßig im Bereich der Sozialpolitik arbeiten, z.B. durch Öffentlichkeitsarbeit über den Neofaschismus und dessen Ursachen.

- Die Stadt setzt sich dafür ein, beim Deutschen Städtetag einen Ausschuss zur Bekämpfung des Neofaschismus unter Beteiligung antifaschistischer Initiativen und Organisationen zu bilden.

- Der Stadtrat beschließt, dass eine Liste aller am Ort arbeitenden neofaschistischen Organisationen erarbeitet und veröffentlicht wird. Auf der Grundlage dieser Information beschließt der Stadtrat, dass den genannten Organisationen städtische Räume und Einrichtungen nicht zur Verfügung gestellt werden.

- Die Vermietung stadteigener Werbeflächen wie solcher der städtischen Außenwerbung an neofaschistische Parteien und Organisationen ist zu untersagen. Die Stadt wirkt bei der Deutschen Städtereklame, einem kommunalen Gemeinschaftsunternehmen, darauf hin, eine kommerzielle Nutzung solcher Werbeflächen durch Neofaschisten auszuschließen.

- Für eigenständige und eigenverantwortliche Aktivitäten antifaschistischer Gruppen und Organisationen stellt die Stadt unentgeltlich Räume zur Verfügung.

- Zur Unterstützung der Arbeit antifaschistischer Initiativen und Organisationen wird ein Fonds in Höhe von mindestens 20.000 Euro jährlich eingerichtet.

- Die Stadt unterstützt das Prinzip der höchsten nordrhein-westfälischen Richter im Umgang mit den Nazis: „Ei-

Im Wahlkampf eingesetzt: Antifaschistische Plakate gegen die erschreckende Zunahme neonazistischer Mandate

Initiative der VVN-BdA mit Plakaten gegen die Wahl von Rechtsextremisten in zahlreichen Städten aufgegriffen

Das Anwachsen des Neonazismus auch bei Wahlen erschreckt die demokratische Öffentlichkeit. Aktionen gegen angewachsene Zahl der rechten Kandidaten zur Kommunalwahl in NRW hat daher die VVN-BdA gestartet. Dazu zählt der großangelegte Versuch, den Neonazis während des Wahlkampfes optisch im Straßenbild etwas entgegenzusetzen.

Auf Initiative der VVN-BdA Aachen und des Antifaproyekts an den Aachener Hochschulen wurde ein Plakat im Format DIN A1 gedruckt und über die VVN-BdA Aachen gegen eine Kostenbeteiligung verbreitet. In zahlreichen Städten und Gemeinden wurde es von demokratischen Parteien in ihrem Wahlkampf eingesetzt.

Informationen und Kontakt per E-Mail zu dem Plakat: info-ac@vvn-bda.de. Vielfach wurde das Plakat auch aus dem Internet bezogen und dann vor Ort in Eigeninitiative gedruckt und verbreitet. Daher hier die Adresse zum Runterladen durch weitere Interessierte:

http://www.nrw.vvn-bda.de/Plakat_Kommunalwahl.pdf

Um weitere Unterstützung von lokalen Parteien oder Initiativen zu erhalten, kann hier ein Musterbrief heruntergeladen und von antifaschistischen Gruppen genutzt werden: http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/gegen_nazis_kommunalwahlen.rtf



ne rechtsextremistische Ideologie lässt sich auch nicht mit den Mitteln des Demonstrationsrechts legitimieren“ (Beschluss des OVG NRW, Az 5 B B 585/01). Die Stadt fordert Landtag und Landesregierung auf, dieses Prinzip mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen.

- Die Stadt unterstützt eine Geschichtspolitik und eine Erinnerungsarbeit, die wirksam der Auseinanderset-

zung mit Nazis und Neonazis stützt, so durch Benennung von Straßen und Plätzen nach Opfer des Nationalsozialismus und antifaschistischen Widerstandskämpferinnen und -kämpfern, ferner durch Unterstützung von Gedenkstätten und -orten.

- Die Stadt widersetzt sich jedem Rassismus und jeder Ausländerfeindlichkeit und richtet die Tätigkeiten aller Behörden danach aus.

Wir wissen: Die meisten der hier erhobenen Forderungen kosten auch Geld. Wir wissen, dass nicht gleich alle Forderungen durchsetzbar und finanzierbar sind. Allerdings wäre es zu billig, mit dem Hinweis auf die leeren Kassen diesen Katalog in den Papierkorb zu werfen. Dies von der VVN-BdA vorgelegte Papier versteht sich als der Anfang einer Diskussion. In jedem Fall wird es eine Messlatte für den Willen der Kandidaten/innen sein, offensiv dem braunen Spuk entgegen zu treten. www.nrw.vvn-bda.de

**Aufruf zur Demonstration aus dem linken
Gewerkschaftsbereich**

Solidarität ist keine Einbahnstraße

Der DGB und die Einzelgewerkschaften haben bei den Massendemonstrationen der vergangenen Wochen gegen Hartz IV kaum organisierend eingegriffen. Von den Bundesvorständen wurde der Protest verbal begrüßt, alles andere aber den regionalen Gliederungen überlassen.

Am 3. April noch waren die Gewerkschaften an der Organisation des Europäischen Aktionstages gegen Sozialabbau führend beteiligt. Jetzt, wo wiederum Zehntausende Menschen gegen Hartz IV auf die Straße gehen, stehen die Gewerkschaften abseits. Auf dem Perspektivenkongress Mitte Mai wurde von den Gewerkschaften, vor allem ver.di, versucht, das Bündnis mit den außerparlamentarischen Bewegungen zu vertiefen. Jetzt werden diese im Regen stehen gelassen.

Mit Hartz IV werden Erwerbslose gezwungen, für „Wohlfahrtsleistungen“ zukünftig so genannte 1-Euro-Jobs anzunehmen. Gesetzlich wird damit ein Niedriglohnbereich eingerichtet, ohne dass die Menschen dort reale Arbeitnehmerrechte haben. Schon jetzt überschlagen sich Arbeitgeber, Wohlfahrtsverbände und Gemeinden mit Angeboten an „Arbeitsgelegenheiten“. Hartz IV bedeutet nichts weniger als eine Richtungsentscheidung in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und wird unsere gewerkschaftliche Arbeit im Mark treffen.

Dennoch schränken die Vorstände von IG Metall und ver.di ihre Kritik an Hartz IV wieder ein. Jürgen Peters sieht eine „neue Qualität“ in den Gesprächen mit dem Bundeskanzler, Frank Bsirske fordert zu „differenzierter“ Beurteilung der Hartz-Gesetze auf. Die von den verschiedenen örtlichen und überregionalen Bündnissen für den 2. Oktober geplante Großdemonstration in Berlin wird von den Bundesebenen der Gewerkschaften nicht unterstützt.

Statt dessen heißt es u.a. bei ver.di: „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt spricht mehr für die Fortsetzung und Intensivierung der regionalen Aktivitäten.“ Eine Beerdigung zweiter Klasse! Angesichts des massiven Abbaus sozialer Rechte der lohnabhängig Beschäftigten – denn auch Erwerbslose sind Lohnabhängige – warnt der DGB-Vorsitzende Sommer sogar vor „Rattenfängern“.

Gewerkschaftliche Solidarität sieht anders aus!

Die Proteste und Demonstrationen gegen Hartz IV bieten die Gelegenheit eines strategischen Bündnisses zwischen Gewerkschaften, Erwerbslosen- und sozialen Initiativen.

Und dieses Bündnis ist nötiger denn je. Die Massenarbeitslosigkeit übt schon jetzt enormen Druck auf Löhne und Arbeitszeiten. Unsere Tarifverträge bekom-



men immer mehr Löcher und Risse. Hinter der reihenweisen Erpressung der Belegschaften steht die Angst vor Arbeitslosigkeit. Zwischen fünf und sieben Millionen Erwerbslose konkurrieren mit rund 25 Millionen Vollzeitund weiteren rund vier Millionen Teilzeitbeschäftigten um Lohnarbeit. Mit Hartz IV wird diese Konkurrenz noch wesentlich schärfer.

Ob beim Kampf der IG Metall für die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland, ob im Kampf gegen die Privatisierung im öffentlichen Dienst: zu oft müssen wir die fehlende öffentliche Unterstützung beklagen. Es liegt an uns, dies für zukünftige Kämpfe zu ändern. Hartz IV, Agenda 2010, Arbeitszeitverlängerung, Lohnsenkungen – all dies sind gesellschaftliche Angriffe, denen wir ein gesellschaftliches Bündnis entgegensetzen müssen. Wenn wir Solidarität einfordern, müssen wir selber solidarisch handeln.

Wir unterstützen die Großdemonstration am 2. Oktober 2004 in Berlin und fordern die Bundesvorstände der Gewerkschaften auf, diese Demonstration ebenfalls zu unterstützen. Die Folgen von Hartz IV werden erst in ein paar Monaten voll zu Tage treten. Der Kampf gegen Hartz IV und die Agenda 2010 endet nicht am 1. Januar 2005.

*Solidarität ist keine Einbahnstraße:
Weg mit Hartz IV*

Berlin, 17. September 2004

Erstunterzeichner/innen*: Sebastian Gerhardt (GEW) • Daniel Behruzi (ver.di) • Stefan Müller (IG Metall) • Angelika Wernick (ver.di) • Steffi Nitschke (ver.di, Betriebsrätin Klinikum Kassel) • Andreas Vogt (ver.di, Personalratsvorsitzender Bezirksamt Berlin-Mitte) • Benjamin Stoll • Lothar Nätebusch (Vorsitzender IG BAU Berlin) • Dr. Gerhardt Moritz (ver.di, VL-Sprecher, Darmstadt) • Reiner Böcker (ver.di, VL-Sprecher, Personalratsvorsitzender, Ravensburg) • Jan Steyer (ver.di-Jugend, Hannover) • Dieter Janßen (ver.di, Personalratsvorsitzender Bürgerhospital Stuttgart) • Heiko Barten (FrischerWind, Berlin) • Hans Sander (Vorsitzender Landeserwerbslosenausschuss ver.di Rheinland-Pfalz) • Luis Sergio (Gewerkschaftssekretär IG Metall, Verwaltungsstelle Berlin) • Alexandra Arnsburg, (ver.di, Mitglied LBFB-Vorstand 9 Berlin/Brandenburg) • Michael Hans (ver.di) • Elisabeth Voß (ver.di) • Marc Treude (Aachen, Vertrauensmann IG BCE, Cinram GmbH Alsdorf) • Yavvarian (ver.di) • H. P. Fischer (ver.di, Köln) • Irene Rogatty (Poppenhausen/Rhön) • Axel Kraemer (ver.di, Köln) • Alfred Uhing (Geschäftsführer GEW Nordbaden) • Markus Karger (Mitglied im Vorstand der AG-MAV Kurhessen Waldeck) • B. Walendowski • Elisabeth Walendowski (Verdi, Pirmasens) • Frank Hupperich (ver.di, Betriebsrat Verlag Dieter Zimpe, Mainz) • Björn Jagnow (ver.di, Betriebsrat GWV Fachverlage Wiesbaden) • Achim Müller (IG Metall, Kaiserslautern) • Günter Hennes (GEW, Köln) • Oliver Lerone Schultz (ver.di)

*Angabe gewerkschaftlicher Funktion dient nur zur Kenntlichmachung der Person

Aktualisierte Fassungen der Unterschriftenliste auf: www.kogl.berlinvonunten.net

Kontakt: Stefan Müller, 030/44 67 47 48, mues-te300@web.de; Sebastian Gerhardt, Fax: 030/2 0412 63, <http://www.berlinvonunten.net>

Preisexplosion bei Trinkwasser:

BERLIN. Den neuen Bundesländern stehen im kommenden Jahr vermutlich dramatische Erhöhungen der Trinkwasserpreise ins Haus. Ein Sprecher des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) sprach dem WISO-Magazin der ZDF-Redaktion gegenüber von Preissteigerungen bis zu 50%. Schuld daran sind Fehlplanungen: Überdimensionierte Wasserwerke, die auf einen Verbrauch ausgelegt waren, wie er sich in den neuen Bundesländern nicht annähernd einstellte. Da nichtfließendes Trinkwasser verkeimt, können die übergroßen Anlagen aus Hygiene- und Gesundheitsgründen den Wasserumsatz nicht einfach gedrosselt oder zeitweise still gelegt werden. Notwendig ist ein Rückbau der Anlagen. Der Bund will dafür aber keine Mittel freimachen. Wenn es dabei bleibt, wollen die Wasserwerke im nächsten Jahr die Preise drastisch anheben. „Dies bedeutet für die Bürger eine Preissteigerung von bis zu fünfzig Prozent“, so Rainer Otto von den Stadtwerken Erfurt. Möglicherweise rächt es sich jetzt, daß mit der abschreibungsbe günstigten Privatisierung der östlichen Wasserwerke von vorn herein fragwürdige Trägermodelle und Überkapazitäten in Kauf genommen wurden, deren Kosten nun nach dem altbewährten Motto „Gewinne privatisieren, Kosten sozialisieren“ auf die BürgerInnen abgewälzt werden.

www.kommunale-info.de

Änderung der hessischen Kommunalgesetze:

FRANKFURT.A.M. Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt wurde vor der Sommerpause der „Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze“ in den Landtag eingebracht. Im Eilverfahren und ohne öffentliche Debatte stehen gravierende Änderungen an: Die kommunalen Ausländerbeiräte und die Ortsbeiräte sollen geschwächt werden. Die im Vergleich zu anderen Bundesländern ungünstigen Bestimmungen zur Durchführung von Bürgerbegehren und -entscheiden sollen hingegen unverändert bleiben. Zugleich sind in dem Gesetzentwurf zahlreiche Änderungen vorgesehen, die auf ein gesetzlich verordneten Ausverkauf der kommunalen Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge hinauslaufen. Nach den Plänen der Landesregierung sollen alle gewinnbringenden Bereiche der kommunalen Wirtschaft an private Betreiber verkauft werden. Nur die defizitären Betriebe würden bei den Kommunen bleiben. Außerdem beabsichtigt die Landesregierung die vollständige Eliminierung des sozialen Kriteriums der Gemeinnützigkeit als Zweckbestimmung der kommunalen Wirtschaftstätigkeit

zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Die PDS-Fraktion im Römer fordert den Hessischen Landtag auf, diesen Gesetzentwurf zurückzuweisen! Sie fordert den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main auf, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, dass die von der Landesregierung vorgesehenen Eingriffe in die Planungs- und Selbstverwaltungshoheit der Stadt nicht Realität werden. Ausführliche Stellungnahme zum Gesetzentwurf unter: www.pds-im-roemer.de/uploads/Hess_Kommunalges.doc

Erhöhung der Mietobergrenze:

KÖLN. Der Leiter des Sozialamtes will die Mietobergrenze um 10% Prozent anheben. Das PDS-Ratsmitglied Jörg Detjen hatte in einem Schreiben an OB Schramma eine Anhebung der Mietobergrenze um 20% gefordert. „Immerhin kommt Bewegung in die Diskussion um die kommunalen Auswirkung von Hartz IV. Ein kleiner Erfolg, der Mut macht zum Weiterkämpfen. Eine 10% Anhebung alleine reicht aber nicht aus.“ Frau Bredehorst hatte auf der Montagsdemonstration versprochen, dass niemand wegen zu hoher Miete umziehen muss. Dieses Versprechen muss durch einen Beschluss bestätigt werden. Deshalb hat die PDS Offene Liste einen Antrag an den Hauptausschuss gestellt. Am Montag findet eine Sondersitzung statt. Die PDS Offene Liste hat mit einem zweiten Antrag zahlreiche Vorschläge unterbreitet, wie massive Einschränkungen mit Hartz IV durch die Kommune abgemildert werden können, u.a. ein Verzicht auf Zwang zur Annahme von 1 Euro-Jobs.

www.pds-koeln.de

Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse:

BERLIN. „Die Frage der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse betrifft nicht nur Unterschiede von Nord nach Süd oder von West nach Ost, sie betrifft auch das Verhältnis von Stadt und ländlichem Raum“, so der Präsident des Deutschen Landkreistages (DLT), Hans Jörg Duppre, angesichts der Diskussion um jüngste Äußerungen von Bundespräsident Köhler. Die 323 deutschen Landkreise als Sachwalter der Interessen des ländlichen Raumes halten diesbezüglich an dem verfassungsrechtlichen Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse fest. Diese Frage betreffe generell die Situation in Deutschland, insbesondere auch das Verhältnis strukturschwacher ländlicher Räume zu städtischen Verdichtungsräumen. Dies gelte es auch im Rahmen der derzeitigen Erörterungen in der Föderalismuskommission zu berücksichtigen.

www.landkreistag.de
Zusammenstellung: ulj

Gericht stoppt Erlass der CDU-Alleinregierung



ver.di Wiesbaden 10.9. Das Land Hessen hat mit seiner Absicht, die Arbeitszeit von Angestellten und Arbeitern im Landesdienst bei Neueinstellungen oder aus Anlass einer Änderung bestehender Arbeitsverhältnisse auf bis zu 42 Stunden in der Woche zu verlängern vor dem Wiesbadener Verwaltungsgericht eine juristische Niederlage einstecken müssen. Anlass des Streites war ein Erlass von Innenminister Bouffier (CDU) Ende Juli, mit dem dieser eine Arbeitszeitverlängerung auch für diejenigen Angestellte und Arbeiter durchsetzen wollte, die – bei-

spielsweise durch ihre ver.di-Mitgliedschaft – nicht der zwingenden Tarifbindung unterliegen. „Dieser Erlass unterliegt nach Paragraph 74, Absatz 1, Nummer 9 des Hessischen Personalvertretungsgesetzes der Mitbestimmung des zuständigen Hauptpersonalrats beim Hessischen Innenministerium“, beschrieb heute nachmittag – wenige Minuten nach der Entscheidung des Gerichts – Christian Rothländer von ver.di Hessen die Auffassung der Gewerkschaft. Gleichwohl wurde der Erlass ohne Beteiligung dieses Personalrats in Kraft gesetzt.

ver.di Hessen hatte daraufhin den Hauptpersonalrat gebeten, einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zu stellen. Diesem Antrag sei das Gericht auch gefolgt. Das Land dürfe danach vorerst nicht nach diesem Erlass verfahren.

Die Mitbestimmungspflichtigkeit ergebe sich aus der Tatsache, dass die Arbeitszeitregelungen in den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes gekündigt seien. Soweit nun das Land Hessen an deren Stelle eigene Regelungen treffen will, unterlägen diese jedoch der Mitbestimmung, da es keine gesetzliche oder tarifliche Regelung – mehr – gebe, die eine Beteiligungspflicht ausschließe. Ein vergleichbares Verfahren habe das Land bereits in bezug auf die 1997 verfügte

schrittweise Kürzung der Ministerialzulage verloren. Hier hatte das Bundesarbeitsgericht im Januar 2002 festgestellt, dass die verfügte Kürzung der Mitbestimmung bedurft hätte.

„Mit der heutigen Entscheidung hat das Land Hessen eine weitere juristische Niederlage bei Umsetzung des arbeitsrechtlichen Teils der ‚Operation sichere Zukunft‘ hinnehmen müssen“, so Rothländer. Von vier Rechtsstreitigkeiten in Sachen „Personalvermittlungsstelle“ wurden bis heute drei von den Beschäftigten gewonnen. Zudem wurde erstmalig ein Streit im Zusammenhang mit den gekündigten Arbeitszeitbestimmungen entschieden. „Koch und seine Leute können es nicht“, bilanzierte der Gewerkschafter. Die Übertragung der für die Beamten einseitig durchgesetzten und seit Januar geltenden Arbeitszeitverlängerung auf bis zu 42 Stunden auch auf den Tariffbereich sei ein weiterer Aspekt der „Operation sichere Zukunft“. Rothländer forderte Innenminister Bouffier auf, „jetzt die richtigen Konsequenzen zu ziehen“. Das Land müsse sich von seinem Konfrontationskurs gegen Gewerkschaften und Beschäftigte verabschieden und zudem wieder Mitglied des Arbeitgeberverbandes, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, werden.

O-Töne und weitere Informationen zum Thema erhalten Sie bei Christian Rothländer, ver.di Hessen, Mitbestimmungsexperte, telefonisch erreichbar über Festnetz: (069) 2569-1220 oder mobil (0171) 6208056.

21.9.04: ver.di freut sich über ein seltenes Ereignis:

Ladenschluss: SPD-Fraktion schießt quer

Mehrere Bundestagsabgeordnete haben sich offen gegen die geplante Verlängerung der Ladenöffnungszeiten am Samstag ausgesprochen.

Die Genossen hielten es anscheinend nicht länger aus: Keine 48 Stunden, nachdem am Mittwochvormittag das Kabinett den von Kanzler Gerhard Schröder öffentlich geäußerten Wunsch nach längeren Ladenöffnungszeiten am Samstag erfüllt hatte, schwillt ein Chor der Kritik an dem Beschluss an. Aus den eigenen Reihen. So mahnt der SPD-Fraktionsvize Michael Müller in der Berliner Zeitung: „Wir dürfen uns in der Politik nicht der grenzenlosen Kommerzialisierung unterwerfen“. Zu einer modernen Gesellschaft gehöre auch, sich zu begrenzen, so Müller.

Pronold: Reform ist grundfalsch

Auch der Finanz- und Wirtschaftsexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Florian Pronold, übte scharfe Kritik an dem Gesetzesentwurf von Wirtschaftsminister Wolfgang Clement: „Ich halte die Reform für grundfalsch“. Die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten werde nicht mehr

Konsum bringen, sondern diesen nur anders verteilen. Profitieren, so der bayerische Abgeordnete, würde nur große Märkte. Die Innenstädte dagegen würden nur weiter veröden. Pronold kündigte an, er werde auf der nächsten Fraktionssitzung eine Debatte über das Thema anregen, „um zu sehen, wie viele Kollegen diese Reform genauso unsinnig finden wie ich.“ Er rechne dabei mit „lebhaftem Zuspuch“.

AfA: Den Menschen fehlt das Geld, nicht die Zeit

Kritik am Kabinettsentwurf äußerte auch die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA). Den Menschen fehle nicht die Zeit, sondern das Geld für Einkäufe, begründet der Verband seine ablehnende Haltung. An der Spitze der AfA steht der saarländische Bundestagsabgeordnete Ottmar Schrei-



ner. Am Mittwochvormittag hatte das Kabinett Schröder beschlossen, die Ladenöffnungszeiten zumindest für den Samstag zu verlängern. Demnach sollen die Geschäfte ab 1. April auch samstags bis 20 Uhr geöffnet bleiben. Die Zustimmung des Bundesarbeitsrats sei bei dem Gesetz nicht notwendig, erklärte Minister Clement,

Wirtschaftsminister der Länder für völlige Freigabe

Die Wirtschaftsminister der Länder plädieren für eine völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten. Auf einer Konferenz am Donnerstag stimmten

sie mehrheitlich dafür, dass Geschäfte montags bis samstags 24 Stunden geöffnet bleiben dürfen. Eingbracht hat die Beschlussvorlage der baden-württembergische Wirtschaftsminister Walter Döring (FDP). Rezzo Schlauch, Parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, sagte, er glaube nicht, dass die Regierungskoalitionen diese Forderung umsetzen werde. Schon jetzt gebe es in dieser Frage „ganz große Querlinien“ quer durch die Parteien.



Siemens geht einkaufen:

Aufruf der Friedenswerkstatt Linz:

Kein Verkauf der VA-Tech an den Rüstungs- und AKW-Produzenten Siemens!

Friedensbewegung unterstützt Kampf der Belegschaft gegen Ausverkauf

Friedenswerkstatt Linz, Waltherstr. 15, A-4020 Linz, Tel. 0732/771094, Fax 0732/797391 – e-mail: friwe@servus.at, Web: www.friwe.at

Die Bestrebungen des Siemenskonzerns, die VA-Tech zu übernehmen, werden immer konkreter. Aus Sicht der Friedens- und Anti-Atombewegung muss der Verkauf der VA-Tech an den deutschen Siemenskonzern entschieden abgelehnt werden. Siemens ist einer der größten europäischen Atomkraftwerksbauer und Siemens ist massiv im Rüstungsgeschäft vertreten, so z. B. bei der technischen Ausstattung des Eurofighters. Derzeit bewirbt sich Siemens um einen 6,7 Milliarden Euro schweren Telekommunikations-Auftrag der deutschen Bundeswehr.

Sowohl die VA-Stahl als auch die VA-Tech betreiben keine Produktion von Rüstungskomponenten. Auch aus der Produktion von Komponenten von Kernenergieanlagen hat sich die VA-Tech laut Aussagen von Belegschaftsvertretern völlig zurückgezogen. Mit dem Einstieg von Siemens käme ein weiterer Bereich der österreichischen Industrieproduktion in den Sog der im Aufbau befindlichen europäischen Rüstungsindustrie. Stefan Daxner, Aktivist der Friedenswerkstatt: Die Friedensbewegung und die Anti-Atombewegung haben enormes Interesse an der Aufrechterhaltung der österreichischen Verfügung über den VA-Tech-Konzern. Wir werden deshalb die Belegschaft in ihrem Kampf gegen diese Übernahme so tatkräftig wie möglich unterstützen!

Der Hunger von Siemens zur Übernahme weiterer Konzerne konnte am französischen Alstom-Konzern nicht befriedigt werden. Die französische Regierung intervenierte mittels Zuschüssen für das angeschlagene Unternehmen. Viel leichtere Beute scheint da der österreichische VA-Tech-Konzern zu sein. Dank der kräftigen Mithilfe durch die österreichische Regierung. Hier hat der Privatisierungswahn die Klarsicht vernebelt. Die VA-Tech kann deshalb zur leichten Beute werden, weil in der Zwischenzeit die Eigentümerstruktur völlig unklar ist. Die ÖIAG hält noch 15 % des Linzer Anlagenbauers. Der Industrielle Mirko Kovats hält 12,53 % der VA-Tech, es halten

sich aber Gerüchte, dass er in Wahrheit mehr kontrolliere.

Österreichisches Eigentum notwendig für Sicherung von Arbeitsplätzen und Neutralität

Siemens ist jüngst besonders unangenehm aufgefallen: Trotz Rekordarbeitslosigkeit in Deutschland hat Siemens gegenüber der Belegschaft eine Arbeitszeitverlängerung erpresst. Eine Übernahme durch Siemens würde zu massiven Arbeitsplatzverlusten führen, da der deutsche Atom- und Rüstungskonzern sich vermutlich nur die stromrelevanten Bereiche einverleiben würde, der Rest aber nicht lebensfähig wäre, wie der Konzernbetriebsratsobmann Anton Beneder vermutet.

Boris Lechthaler, Koordinator des derzeit in Einleitung befindlichen Friedensvolksbegehrens: Die Erhaltung österreichischen Eigentums in zentralen Industriebereichen ist eine Schlüsselfrage – sowohl zur Sicherung von Arbeitsplätzen als auch zur Sicherung der Neutralität. Mit dem Friedensvolksbegehren, das auch von vielen VertreterInnen der Gewerkschaftsbewegung unterstützt wird, leisten wir Widerstand gegen Militarisierung und Ausverkauf an Rüstungs- und Atomkonzerne.

Rücksprache: Gerald Oberansmayr, Friedenswerkstatt Linz, Tel. (0732) 77 10 94, 0676 655 26 95

Presseaussendung der Friedenswerkstatt Linz vom 6.9.2004



www.friwe.at

Elektroindustrie kämpft für „patriotische“ Standortbedingungen. HB, Mo., 6.9.04. –

„Der eigentliche Patriotismus liegt darin, Verhandlungen nicht auszuweichen, wir müssen spezifische Konditionen aushandeln, die es uns erlauben, an diesem Standort zu bleiben“ meint der Vorsitzende des Zentralverbands Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI) E. Krubasik, im Hauptberuf Mitglied im Siemens-Zentralvorstand. Deshalb tritt er auch dafür ein, dass die Industrie den Standort Deutschland nicht einfach aufgibt und dafür, dass die Verlagerung von Fertigung ins kostengünstige Ausland widersteht. Er unterstützt die Äußerung des bayrischen Ministerpräsidenten, es sei unpatriotisch, wenn Unternehmen Tarifverträge unterzeichneten, die lediglich zur Verlagerung ins Ausland führten. Die enge tarifliche Anbindung der Elektrotechnik und Elektronikindustrie an die Autoindustrie wirke sich häufig nachteilig aus, mit ihren großen Werken und starken Exportlieferungen sei leicht erpressbar und gebe daher Forderungen eher nach.

BDI für Vereinheitlichung der Gewinnbesteuerung in der EU. HB, Mo., 13.9.04. –

BDI-Präsident M. Rogowski begrüßt die Einigung der 25 EU-Finanzminister die Gewinnermittlung für die Unternehmensbesteuerung anzugleichen. Eine Arbeitsgruppe soll ein gemeinsames System erarbeiten, nach dem der zu versteuernde Unternehmensgewinn ermittelt wird. Dem Vorhaben stimmt neben dem BDI auch der europäische Industrieverband Unice zu. Dieses System soll für die EU-Staaten freiwillig bleiben. Für die Unternehmen werde eine einheitliche Steuerbasis „gewaltige Vorteile bringen“, sagte Bundesfinanzminister H. Eichel. Die Wirtschaft werde durch die unterschiedlichen nationalen Steuersysteme stark behindert.

BDI für Ausstieg aus der sozialen Sicherung. Fr, Do., 16.9.04. –

Firmen in Deutschland sollen nach Ansicht von BDI-Präsident M. Rogowski nicht länger soziale Sicherungssysteme wie Arbeitslosengeld mitfinanzieren: „Unternehmen sollen Arbeit schaffen, während die Beschäftigten die soziale Sicherung und das Gesundheitssystem selbst finanzieren. Die primäre Verantwortung der Unternehmen liegt nun einmal nicht in der Sozialfürsorge.“ – GNZ, Frei., 17.9.04. Der Präsident des Hamburgischen Weltwirtschaftsverbandes T. Straubhaar, sprach von „klugen Vorschlägen“. Er riet, man müsse sich zurück erinnern an die Wurzeln der sozialen Marktwirtschaft. Eigenvorsorge sei eine Sache, die jeden angehe und für die jeder selbst verantwortlich sei. Gegen eine Regulierung über Steuern spricht aus der Sicht von Straubhaar jedoch nichts.

Presseauswertung: rst

Zur jüngsten OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“

Nach der Veröffentlichung der OECD-Analyse „Bildung auf einen Blick 2004“ (Education at a Glance) in Washington, London, Paris und Berlin hat hierzulande eine heftige Diskussion eingesetzt. Doch die Reaktionen vieler Kultusminister und Bildungspolitiker zeigen, dass sie die Zeichen der Zeit noch immer nicht erkennen wollen. Mit rattenhafter Wütigkeit halten sie an der Dreigliedrigkeit des deutschen Bildungswesens verbohrte fest, obwohl „es international nicht mehr zu vermitteln ist“ (so Andreas Schleicher, OECD). Kein Wort sagen sie zu der Unterfinanzierung des Bildungswesens. Doris Ahnen (SPD, Vorsitzende der Kultusministerkonferenz (KMK)), könne sich „die Fundamentalkritik“ der OECD nicht erklären, und Anette Schavan (stellvertretende CDU-Vorsitzende) findet „Deutungen und Schlüsse ungerecht“. Die „tiefgreifende Reformgeschichte“ seit PISA würde von der OECD nicht wahrgenommen. Und der Generalsekretär der KMK, Erich Thies (CDU), wirft der OECD vor, „deutsche Innenpolitik zu machen“. Karin Wolff (CDU, Hessen) warnt deshalb sogleich davor, eine neue Schulformdebatte zu führen. Und Bundesbildungsministerin Buhlman (SPD) betont eifertig, dass die Bundesregierung doch bereits beschlossen habe, für Ganztagschulen 4 Mrd. € und für Kitas 1,5 Mrd. € zusätzlich zur Verfügung zu stellen, wohl wissend, dass das zwar Schritte in die richtige Richtung sind, mitnichten aber ausreichen und dem Ernst der Lage entsprechen.

Sie alle sind nicht überrascht und unvorbereitet. Wurde doch die 519-seitige OECD-Analyse im Bundesbildungsministerium übersetzt und von sieben deutschen Vertretern mit erarbeitet, die in der Landeskoordination wie den Netzwerken für die einzelnen Indikatoren sitzen. Zudem erscheint „Bildung auf einen Blick“ jährlich – und die Kritik der OECD am Bildungssystem ist nun wirklich nicht neu. Schließlich lagen die Presseerklärungen der Bildungspolitiker auch schon eine Stunde nach Veröffentlichung der Studie vor. Die Kritik der OECD wird nur immer deutlicher und empirisch fundierter. Nein, wesentlich und penetrant halten die Bildungspolitiker am deutschen Sonderweg in der Bildungspolitik fest und ignorieren bewusst die OECD-Analysen. Neu ist nur, dass sie ihre reaktionären bildungspolitischen Maßnahmen nicht mit der OECD-Studie begründen können – anders als bei PISA, das für alle möglichen Schritte der Regierenden herhalten musste.

Das Besondere und Brisante an der OECD-Analyse ist, dass sie von einer der

Zentralen des global organisierten Kapitalismus stammt. Es darf nicht vergessen werden, dass die OECD eine durch Regierungsabkommen 1960 geschaffene Organisation von ursprünglich 20 Staaten ist (der nach und nach weitere 10 beitraten, mit der 19 weitere Regierungen kooperieren und in der die EU-Kommission mitarbeitet). Das 1968 geschaffene OECD-Zentrum für Forschung und Innovation (CERI), das die Studie erarbeitete, sieht „eine ihrer Hauptaufgaben in der Entwicklung und Analyse international vergleichbarer, quantitativer Indikatoren“ an, die als international empirisch-statistisch abgestützte Ranking-Listen den Regierungen Hinweise für Bildungsreformen geben sollen, um dem „individuellen und gesellschaftlichen Erträgen aus Investitionen in Bildung“ besser gerecht werden zu können und das Wirtschaftswachstum zu fördern. Dabei folgt die OECD der Humankapital-Theorie und stellt den Output heraus, der das Wirtschaftswachstum verstärkt. Die OECD-Analyse ist also – wie ihre Vorgänger – als Beratung der Regierenden zur Verbesserung ihrer Politik gedacht. Und wir erleben jetzt das brisante Schauspiel, dass unsere Regierenden sich nicht dem Rat ihres eigenen Beratungsgremiums stellen.

Es ist offensichtlich, dass innerhalb der kapitalistischen Machteliten ein tiefgreifender, langandauernder Streit um die effiziente Methode entbrannt ist, wie Wirtschaftswachstum und Innovation zu erreichen und zu sichern ist. Dank der Verfahrensweise der OECD, durch permanente Vergleiche bestimmter Indikatoren Normen zu setzen, geraten die Machteliten der BRD von Jahr zu Jahr bildungspolitisch mehr und mehr unter Druck. Der Bildungsreform-Stau wird unübersehbar.

Das bestätigt erneut die schon seit Jahren geäußerte Kritik der PDS, zahlreicher Wissenschaftler und Gewerkschaften, dass es mit kosmetischen Schönheitsreparaturen nicht getan ist, sondern dass das deutsche Bildungssystem von Grund auf reformiert werden muss, dass die Bildungsausgaben drastisch erhöht werden müssen und dass die ihm innewohnende Verschärfung der sozialen Selektion beendet werden muss. Die seit PISA hektisch eingeleiteten Maßnahmen fast aller Bundesländer, die Selektion zu verfeinern und Förder- und Integrationsmaßnahmen abzubauen, bedeuten ein Mehr des Schlechten der schon mehrfach von der OECD kritisierten deutschen Bildungspolitik. Die in allen Bundesländern fortgesetzten Kürzungen in den Bildungsetats, die ständige Mehrbelastung der PädagogInnen, Studiengebühren und Studienkonten an Hochschulen sowie der Abbau von Studienkapazitäten und die Vergrößerung der Gruppen- und Klassenfrequenzen sind das Gegenteil von dem, was sich aus der OECD-Studie ergibt. Doch zur Korrektur der herrschenden Bildungspolitik be-

steht offensichtlich keine Bereitschaft.

Die PDS stellt zu den einzelnen Vergleichen auf Grund der OECD-Indikatoren fest:

1. Der schlechte Zustand des deutschen Bildungswesens kann nicht mit ausufernder Vielfalt oder dem Kulturföderalismus erklärt werden, denn es sind unter den Staaten mit überdurchschnittlichen Vergleichswerten sowohl solche, die ein zentrales, die ein föderales oder kommunalisiertes Bildungssystem haben.

2. Das deutsche Bildungssystem entpuppt sich erneut als schlechter Sonderweg im internationalen Vergleich. Es ist nicht mehr vermittelbar, die Drei- bis Siebengliedrigkeit ab Kl. 4 mit früher Selektion, die ganz geringe Versorgung mit Krippenplätzen und die weit unterdurchschnittliche Versorgung mit Kita-Plätzen, die dann auch noch überwiegend von den Eltern bezahlt werden, höhere Gruppen- und Klassenfrequenzen sowie eine überdurchschnittliche Finanzausstattung der höheren Jahrgänge und der Hochschulbildung als positiv darzustellen. Denn das führt zu dem eigentlichen Skandal, dass die Familiensituation als soziale Selektion vergrößert und verfestigt wird. Andere Länder, die auch eine kapitalistische Gesellschaftsverfassung haben, wie Skandinavien und Frankreich, mildern oder verringern die Klassenspaltung durch Bildung. Die Erhöhung der Elternbeiträge für Krippen und Kitas wie in Hamburg und Berlin, die Erhöhung der Klassenfrequenzen wie in Hessen, Baden-Württemberg und Hamburg, die Streichung oder Reduzierung der Lehr- und Lernmittelfreiheit wie in Baden-Württemberg, Berlin und Hamburg, die Schließung der Orientierungs- und Förderstufen wie in Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Bremen sind genau das Gegenteil von dem, was die OECD nahe legt. Immerhin ist der Kita-Betreuungsschlüssel mit 24:1 der schlechteste (OECD-Durchschnitt 15:1) und in der Grundschule mit 19:1 erheblich über dem OECD-Durchschnitt (17:1).

3. Mit Ausnahme der BRD, Österreichs und z.T. der Deutsch-Schweiz verfügen fast alle OECD-Länder über ein einheitliches, alle Kinder eines Jahrganges unterrichtendes Schulsystem (Einheitschule bis Kl. 8 oder 10, eine Schule für alle, Gesamtschulen), weshalb auch fast überall erheblich mehr Schüler mit Hochschulreife die Schulen verlassen. Deutschland hat zu wenige, nicht zu viele StudentInnen. Deshalb ist die Reduzierung der Studienplätze (wie in Thüringen und Hamburg) oder die Einführung der Studienkonten oder -gebühren (wie in Rheinland-Pfalz und NRW) oder die Zusammenlegung von Hochschulen (wie in Bayern oder Hamburg) völlig kontraproduktiv. Immerhin studieren in Australien, Schweden, Island, Finnland doppelt so viele Jugendliche an einer Uni oder Fachhochschule wie bei uns.

4. Die PDS erneuert deshalb ihre For-

derung nach einer umfassenden Strukturreform, die schrittweise hin zu einer einheitlichen, integrierten Schule für alle Kinder bis Kl. 10 (Abschluss der Sek. I) führen muss, und die Fördern statt Selektion, Integration statt Aussondern, entdeckendes Lernen in Ganztagschulen als Gestaltungsprinzipien beinhaltet. Das Verdikt der KMK, keine Strukturdebatte führen zu wollen, lässt sich nicht mehr halten. Alle OECD-Spitzenländer haben schon vor 20-30 Jahren Einheitschulsysteme eingeführt, in vielen neuen EU-Beitrittsländern blieben sie aus realsozialistischer Zeit erhalten – und schließlich liegen ja auch aus der DDR Erfahrungen vor, wobei die Krippen- und Kita-Dichte, die Einheitlichkeit und Differenzierung und das Wahlpflichtangebot der Schulen nicht zu den schlechtesten Erfahrungen zählen.

5. Bildungsinvestitionen sind ein Gradmesser dafür, wie viel Wert der Zukunft, den Innovationen und den Kindern und Jugendlichen von der Politik zugemessen wird. Die OECD räumt durchaus eine Konkurrenzsituation z. B. mit Rüstungsausgaben ein. Das gilt aber für alle untersuchten Länder. In 17 von 18 OECD-Ländern mit verfügbaren Daten wuchsen die privaten und öffentlichen Ausgaben für Bildung dennoch um mehr als 5%. Die höchsten Ausgaben für Bildung, private plus öffentliche, tätigten Korea (8,2% vom Bruttoinlandsprodukt), die USA, Dänemark, Island, Schweden. Die BRD liegt mit 5,3% noch unter dem OECD-Durchschnitt. Irland steigerte seine Bildungsausgaben um mehr als 40%, Australien, Schweden, Dänemark, Mexiko, die Niederlande, Portugal und die USA zwischen 20 und 40% – während sie in der BRD bis 2001 stagnierten. Im OECD-Durchschnitt wurden die öffentlichen Ausgaben zwischen 1995 und 2001 um 21% im Primar- und Sekundarbereich, um 30% im Tertiärbereich gesteigert – vor allem in Dänemark, Schweden und Mexiko, während sie in der BRD nur um 6 und 7% stiegen. Seitdem sind sie sogar gesunken. Die deutschen Machteliten meinen offenbar, ihren Kurs weiterfahren zu können: Elitförderung für Wenige, Sozialpädagogik für den Rest (nach von Hentig), und die Global-Players kaufen per Green-Card oder Trainee-Programmen und Privatunis ihren Nachwuchs weltweit ein.

6. Dabei gibt sich die OECD alle Mühe, mit dem erstmals vorgestellten Indikator „individuelle und gesellschaftliche Ertragsrate“ eine zusätzliche systemimmanente Begründung für mehr öffentliche Bildungsinvestitionen zu liefern. Verglichen mit Zinsen bei Spareinlagen gibt die OECD diese individuelle Ertragsrate mit 6, 6% für Australien und 19, 8% für Ungarn an. Als „gesellschaftliche Ertragsrate“ gibt die OECD den „langfristigen Effekt eines weiteren Ausbildungsjahres auf die Leistung bei der Erwachsenenbevölkerung im Allgemeinen in der Größenordnung von 3 bis 6%“ des Wirt-



schaftswachstums an. Das leitet sie aus der Produktionssteigerung pro Beschäftigte ab. Für Irland, das von 15 untersuchten OECD-Staaten an der Spitze liegt, gibt die OECD den Anteil der Verbesserung des Humankapitals zur Steigerung der Arbeitsproduktivität mit + 4,5% an, gefolgt von Finnland, Schweden, Dänemark. Für die BRD nennt sie 1,9% (und Rang 11 von 15 Ländern!)

Als Linke hätten wir uns sicher lieber andere Indikatoren für eine gesellschaftliche Ertragsrate gewünscht: Etwa die Bildungsbeteiligung von Arbeiter- und ImmigrantInnenkindern, die Entwicklung eines demokratischen und historisch-politischen Bewusstseins, den Grad der polytechnischen Orientierung der Schulen oder die Entwicklung von Kritikfähigkeit, Selbstevaluation, Selbsttätigkeit oder der Grad der Schüler- und Elternmitbestimmung. Dennoch ist die Kritik nützlich und deshalb so verheerend, weil das deutsche Bildungssystem selbst nach den Kriterien des internationalen Kapitalismus so grotten-schlecht beurteilt wird. Vom „Modell Deutschland“ kann keine Rede mehr sein. Bildungspolitisch sind wir ein Entwicklungsland geworden.

Es fällt auf, dass von den herrschenden Bildungspolitikern der anderen Parteien niemand auf diesen OECD-Befund eingegangen ist., bedeutet er doch im Klartext, dass die gegenwärtig betriebene Politik der Unterfinanzierung des Bildungswesens und der geringer werdenden Bildungsfinanzierung die Basis der kapitalistischen Produktion und des für das System notwendigen Wirtschaftswachstums schwächt. Als PDS können wir uns deshalb nicht frohlockend zurücklehnen, weil es ja gleichzeitig um Lebens-, Zukunfts- und Entwicklungschancen von jungen Menschen geht, die verspielt werden.

Die PDS fordert deshalb als Konsequenz eine drastische Erhöhung der Bildungsausgaben und -investitionen. Wenn die BRD die Ausgaben der OECD-Spitzenländer erreichen will, wären jährlich zusätzliche Bildungsausgaben in Höhe

von 40 Mrd. € nötig. Da weisen die 4 Mrd. € für Ganztagschulen und die 1,5 Mrd. € für Krippen und Kitas aus dem Bundeshaushalt zwar in die richtige Richtung, da sie aber auch über mehrere Jahre verteilt sind, sind sie nur ein Tropfen auf den heißen Stein angesichts der enormen Versäumnisse. Entgegen der Verabredung der KMK muss also über mehr Geld für die Bildung diskutiert werden.

7. Erstmals legt die OECD Vergleiche der Entscheidungskompetenzen im Bildungsbereich als einen weiteren Indikator vor. Überraschend gehört die BRD zu den vier Ländern von 25 untersuchten, in denen in den Schulen 2003 weniger Entscheidungen gefällt werden als im Vergleichsjahr 1998, nämlich 17% weniger.

Vor allem in den Bereichen Struktur- und Planungsangelegenheiten, während die Ressourcenverwaltung in den Schulen heute stärker ist. Damit bestätigt sich auch hier die Einschätzung der PDS, dass die Einführung des Neuen Steuerungsmodells und der größeren Selbständigkeit der Schulen zwar die Verwaltung des Mangels an die Schulen delegiert, die wirklichen Planungs- und Struktur-Entscheidungen aber stärker zentralisiert sind. Als Schlussfolgerung ergibt sich, die Demokratisierung des Bildungswesens und die Mitbestimmung der Betroffenen auszuweiten.

Abschließend begrüßt die PDS es ausdrücklich, dass in Schleswig-Holstein, NRW, Hamburg, Baden-Württemberg und Thüringen bei SPD- und Grünen-Bildungspolitikern, aber auch einzelnen Wirtschaftsvertretern ein Umdenken über die Schulstruktur hin zu einem einheitlichen Schulsystem eingesetzt hat. Das ist bei der Frage der Bildungsfinanzierung noch nicht der Fall. Darum werden SchülerInnen, StudentInnen und Azubis, LehrerInnen und Eltern, alle an einer grundlegenden Bildungsreform Interessierte, die jüngste OECD-Studie zum Anlass nehmen müssen, den öffentlichen Druck zu einer grundlegenden Bildungsreform zu erhöhen.

Horst Bethge, Sprecherrat der AG Bildungspolitik beim PDS-Parteivorstand

ILO-Kernarbeitsnormen statt Zollschutz und Abschottung

Die Diskussion in der Arbeitsgruppe Wirtschaft der Linken Sommerschule der ARGE (Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in und bei der PDS, zum genauen Programm siehe die Ankündigung in PB 13/2004, Seite 22f.) drehte sich erneut vor allem um die Entwicklungen in der Weltwirtschaft und darum, wie linke, emanzipatorische Politik sich dazu verhalten soll.

Stiglitz zur Wohlfahrtsökonomik

Eingangs beschäftigte sich die Arbeitsgruppe dabei wie schon in den letzten Kursen mit einem mehr theoretischen „Grundlagentext“. Herangezogen wurden dazu Auszüge aus dem Buch „Finanzwissenschaft“ von Joseph E. Stiglitz. Der auch in Kreisen der Globalisierungskritiker geschätzte frühere Weltbank-Ökonom hatte sich schon im letzten Kurs mit seiner verständlichen Sprache als nützliche Fachquelle erwiesen. Beim letzten Kurs hatten wir seine Ausführungen über die Theorie der sogenannten „komparativen Kosten“ und der Vorteile internationaler Arbeitsteilung und damit auch internationalen Freihandels studiert. Dieses Mal befasste sich die Arbeitsgruppe mit Auszügen zur „Wohlfahrtsökonomik“. Die Wohlfahrtsökonomik befasst sich mit Fragen wie Gerechtigkeit und Effizienz, Verteilung der Ressourcen, Vor- und Nachteile einer Umverteilung von Ressourcen und auf welchem Weg ein gesellschaftliches Optimum, d.h. eine größtmögliche Wohlfahrt für die Gesellschaft zu erreichen ist. Diese Frage, auch bekannt als „Pareto-Optimalität“ (das „Pareto-Optimum“ ist dann erreicht, wenn niemand seine Wohlfahrt verbessern kann, ohne dass nicht gleichzeitig jemand anders sich schlechter stellt, wenn also keine Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt mehr möglich ist), wird von Stiglitz nach verschiedenen Seiten hin untersucht. Spannend ist diese Debatte unter anderem deshalb, weil hier nicht nur Theorien über eine andere Verteilung der gesellschaftlichen Güter abgehandelt werden, sondern diese Verteilungstheorien immer auch konfrontiert werden mit dem Problem, ob bei anderer Verteilung auch eine bessere, d.h. effizientere Produktion von Gütern und Dienstleistungen möglich ist. Stiglitz behandelt in diesem Kontext nicht nur Fragen der Besteuerung, sondern auch die Aufteilung von Ressourcen auf den privaten und den öffentlichen Sektor, Fragen von Marktversagen, Markteintrittsbarrieren (in der Energiepreisdebatte heute ein wichtiges Thema) und die Probleme unvollkomme-

ner Märkte – alles Themen, die in linken Debatten heute immer wieder auch erörtert werden.

Im Winterkurs: Lohnbildung, Lohntheorie

Da öffentliche Güter wie z.B. das durch Bildung und Ausbildung bereitgestellte Kulturkapital, aber auch das Gesundheitswesen und andere gesellschaftliche Vorleistungen heute für die Preisbildung der Ware Arbeitskraft eine große Rolle spielen, hat die Arbeitsgruppe beschlossen, sich im kommenden Winter ausführlich mit Fragen der Lohnbildung und Lohntheorie zu befassen. Stichworte wie Lohnsenkung, Arbeitszeitverlängerung und Outsourcing bei DaimlerChrysler Sindelfingen und Siemens, EU-Osterweiterung, Mindestlohn und 1- bis 2-Euro Jobs machen deutlich, wie breit diese Debatte heute in den Gewerkschaften und anderswo schon ist. Mehr dazu in einer der nächsten Ausgaben.

Von der Wohlfahrtsökonomik zur Weltwirtschaft

Gegenüber manchen linken „Umverteilungs“-Debatten hat die Wohlfahrtsökonomik den Vorteil, dass sie sich zwar mit dem aktuell vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum befasst, mehr aber mit der Frage, wie dieser Reichtum vermehrt werden kann durch Produktion. Von der Umverteilungsdebatte lenkt sie deshalb die Aufmerksamkeit stärker auf Fragen des wirtschaftlichen Wachstums – ein wirtschaftliches Wachstum, dessen Fehlen in Deutschland wahrscheinlich schon jetzt mehr soziale Not produziert hat als

alle „Hartz-Reformen“ der Bundesregierung zusammen.

Insofern war der Übergang von der Diskussion von Fragen der Wohlfahrtsökonomik zu Fragen der Weltwirtschaft in der Arbeitsgruppe leicht und naheliegend.

Mehr Ungleichheit führt zu mehr wirtschaftlicher Effizienz, damit zu mehr Produktion = Wachstum und so am Ende zu mehr Reichtum für alle. Diese klassische konservative Formel wird auch von Stiglitz erwähnt und taucht auch in den von uns studierten Texten zur Weltwirtschaft wieder auf.

Zum Beispiel bei Horst Köhler. In einem Vortrag an der Uni Tübingen führte der heutige konservative Bundespräsident, damals noch Geschäftsführender IWF-Direktor, unter anderem aus:

„Eine umfassende Studie der Weltbank belegt ... eindrucksvoll, wie Marktöffnung und Integration in die Weltwirtschaft vor allen in den letzten 20 Jahren auch für viele Entwicklungsländer großen wirtschaftlichen Fortschritt gebracht haben. In dieser dritten Welle der Globalisierung haben Entwicklungsländer wie z.B. Brasilien, China, Indien und Mexiko ihren Handelsanteil am nationalen Bruttosozialprodukt verdoppelt. Und viele dieser Länder exportieren nicht mehr nur Rohstoffe, sondern auch Fertigprodukte und Dienstleistungen. Für Indien, beispielsweise, macht Informationstechnologie heute fast 40 Prozent der Exporterlöse aus. Diese neuen Globalisierer, in denen mehr als 3 Milliarden

Menschen leben, haben ihr jährliches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum von 1 Prozent in den sechziger Jahren über 3 Prozent in den Siebziger auf 5 Prozent in den neunziger Jahren gesteigert. In China zum Beispiel hat sich das reale Pro-Kopf-Einkommen seit 1978 mehr als verfünffacht und die Zahl der Menschen in absoluter Armut ist um 200 Millionen gefallen. Vor allem durch starkes Wachstum in Asien hat sich die globale Einkommensverteilung also eher verbessert. Und wir können auch Fortschritte in anderen Bereichen beobachten: Während die Lebenserwartung in den Industrieländern zwischen 1950 und 1999 um etwa zehn Jahre stieg, waren es in Entwicklungsländern fast



20 Jahre und in Indien und China sogar fast 30 Jahre.“

Soweit Horst Köhler. Dass sich ausgerechnet ein Konservativer und IWF-Chef das Wirtschaftswachstum in der Volksrepublik China als „Erfolg“ einer von ihm betriebenen Politik an die Brust zu heften versucht, ist schon grotesk. Aber es macht deutlich, welche enorme moralische Ausstrahlung und tatsächliche Bedeutung wirtschaftliche Wachstumsprozesse haben – sowohl für die Betroffenen selbst wie für ihr Umfeld. Das Wirtschaftswachstum in China, Indien und anderen Regionen beschäftigt heute die ganze Welt – als Hoffnung, aber auch als Bedrohung, z.B. für Arbeitsplätze hierzulande.

Wie kompliziert die Abwägungen und Diskussionen dabei auch innerhalb der Gewerkschaften sind, verdeutlicht auch das Beispiel der EU-Osterweiterung. Für Polen etwa wird heute allgemein erwartet, dass sich das Niveau der Produktion und damit auch der Einkommensstandard in etwa 30 Jahren an das Niveau der „alten EU“ angeglichen haben wird. Allein die darin zum Ausdruck kommende Hoffnung auf Entwicklung („meinen Kindern soll es einmal besser gehen ...“) dürfte eines der wesentlichen Motive auf

polnischer Seite während der gesamten Beitrittsverhandlungen mit der EU und auch jetzt noch sein.

Allein eine solche – zugegeben vage – Hoffnung auf Entwicklung kann eine Gesellschaft stabilisieren und zugleich Grundlage für enorme Klassenkämpfe sein – z.B. um den Lohnstandard, um Versicherungsschutz, um bessere Wohnungen, ein besseres Gesundheitswesen, bessere Bildung.

Für Beschäftigte in deutschen Werken, deren Arbeitsplätze abgebaut und nach Polen verlagert werden, ist die Aussicht „In 30 Jahren werden die im Lohnstandard zu uns aufgeholt haben“ dagegen eher ein böser Witz. „In 30 Jahren bin ich schon verhungert oder tot“, werden sie womöglich antworten.

Wie also sollen Linke, sollen z.B. Gewerkschaften sich zu solchen globalen und regionalen Entwicklungs- und Wachstumsprozessen verhalten?

Abschottung kann keine linke Antwort sein, darüber war sich die Arbeitsgruppe einig. Auch in den Gewerkschaften ist das Dilemma, dass niemand im Ernst gegen das wirtschaftliche Aufholen von Ländern wie Polen oder China polemisieren will, dass dieser Aufholprozess aber zugleich erkennbar und sicht-

bar hierzulande Jobs kostet, immer und überall zu spüren.

Internationale soziale Standards

Zwei Texte erwiesen sich zur Diskussion dieses Problems als hilfreich. Erstens ein Aufsatz von Prof. Christoph Scherrer und Dr. Thomas Greven von der Gesamthochschule Kassel zu „Sozialstandards im internationalen Handel“. Darin schildert Scherrer, ein bei der Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall geschätzter und oft gefragter Wirtschaftswissenschaftler, den Umfang der weltweiten Verstöße gegen elementare Arbeitsrechte in der Weltwirtschaft. Etwa 10 Prozent des Warenwerts im Welthandel werde unter Verstoß gegen fundamentale Arbeiterrechte hergestellt, vermutet Scherrer in diesem im Sommer 2001 als Kurzgutachten für die Enquete-Kommission des Bundestags zur Globalisierung erstellten Text. Vor allem in den sogenannten „freien Exportzonen“ wird weltweit gegen elementarste Menschenrechte verstoßen. Der Umfang der Kinderarbeit habe auf 250 Millionen Kinder weltweit zugenommen, auch neue Formen der Sklaverei wie Schuldknechtschaft seien wieder auf dem Vormarsch. Etwa 30 Prozent der weltweit im Exportsektor arbeitenden Menschen

Beschluss der IG Metall Delegiertenversammlung Berlin

Dokumentiert *Der folgende Beschluss wurde von der Delegiertenversammlung der IG Metall Berlin am 16.9.2004 einstimmig bei zwei Enthaltungen angenommen. Die Antragskommission und der Ortsvorstand hatten schon im Vorfeld für Annahme plädiert, weil der Antrag nach ihrer Meinung schon geltende „IG Metall Beschlusslage“ lediglich bekräftigt, und auf eine stärkere Beachtung drängt.*

„Der IG Metall Vorstand wird aufgefordert, gemeinsam mit dem DGB Konzepte zu entwickeln, die den grundlegenden und durch internationales Völkerrecht festgeschriebenen Arbeitnehmerrechten (ILO-Kernarbeitsnormen)

- Koalitionsfreiheit, Recht auf Tarifverhandlungen und Streikrecht, Verbot von Kinderarbeit, Verbot von Zwangsarbeit, Verbot von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, Verbot von geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung

Geltung verschaffen können.

Die Forderung nach Verankerung der ILO-Kernarbeitsnormen in die Regularien der Welthandelsorganisation (WTO) als verbindliche Verpflichtung für die Mitgliedsländer der WTO soll aufgenommen und gegenüber Bundesregierung und Parteien verfochten werden.

Ein Klagericht vor der WTO für Nichtregierungsorganisation und Gewerkschaften auf Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen gegenüber Staaten, die fortgesetzt gegen die Normen verstoßen,

soll eingefordert werden. Auch Unternehmen sollen vor der WTO den Klageweg beschreiten können, wen Mitbewerber unter Ausnutzung des Bruchs von ILO-Kernarbeitsnormen ihre Produkte zu unfairen Bedingungen auf den Markt bringen. Die Parteien, insbesondere jedoch die Bundesregierung, ist aufzufordern, auf eine entsprechende Änderung der WTO-Statuten hinzuwirken.

Gemeinsam mit dem IMB soll die IG Metall ihre Aufklärungsarbeit über die Verstöße von Unternehmen und Staaten gegen die ILO-Kernarbeitsnormen verstärken.

In den Publikationen der IG Metall soll dem Thema mehr Gewicht eingeräumt werden.

Begründung:

Die fundamentalen Arbeitnehmerrechte (Koalitionsfreiheit, Recht auf Tarifverhandlungen und Streikrecht, Verbot von Kinderarbeit, Verbot von Zwangsarbeit, Verbot von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf und von geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung) sind fest im Völkerrecht verankert. Sie sind durch die Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) definiert und jeweils von mindestens einer Zweidrittelmehrheit der ILO-Mitglieder verabschiedet worden. Sie sind in den Menschenrechtspakten und Menschenrechtserklärungen der Vereinten Nationen aufgeführt und auf internationalen Kongressen immer wieder bekräftigt worden.

Die Befürworter eines Schutzes von Arbeitnehmerrechten im Welthandel sind sich einig in der Forderung, eine Sozialklausel im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) einzuführen. Bis heute ist diese aber nicht durchgesetzt.

Mehr noch: Während der letzten 20 Jahre wurden lediglich die Rahmenbedingungen der Konzerne verbessert. Durch die Welthandelsorganisation (WTO) sowie regionale und bilaterale Handelsabkommen genießen Unternehmen nun weltweiten Schutz ihrer Patente und sonstigen Rechte. Als Investoren sind sie geschützt gegen eine Vielzahl staatlicher Maßnahmen.

Der Schutz von Arbeiterrechten hat sich im gleichen Zeitraum in die entgegengesetzte Richtung bewegt. Die harte Realität schrankenloser Ausbeutung, der insbesondere die Arbeiterinnen in Entwicklungs- und sogenannten Schwellenländern ausgeliefert sind, ist ein Symptom für das Versagen des gegenwärtigen Modells der Globalisierung.

Die Debatte darüber, wie vermieden werden kann, dass die Handelsliberalisierung weiter auf Kosten von Arbeitnehmerrechten ausgetragen wird, dass die Konzerne immer mächtiger werden und bei Standortentscheidungen die Arbeitnehmer immer mehr gegeneinander ausspielen und so soziale Standards drücken, steckt in einer Sackgasse. Der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) fehlt es an Sanktionsmechanismen. Ihre Möglichkeiten beschränken sich auf Überzeugungsarbeit und moralische Appelle.“

hätten keinen Anspruch auf fundamentale Arbeiterrechte, so Scherrer.

Als solche „elementaren Rechte“ gelten heute:

- die Vereinigungsfreiheit, sprich das Recht auf freie Bildung von Gewerkschaften
- das Recht auf Kollektivverhandlungen und damit auch auf Streik
- das Verbot der Kinderarbeit
- das Verbot von Zwangsarbeit und
- das Verbot von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, insbesondere das Verbot von Diskriminierung nach dem Geschlecht.

Zahlreiche internationale Konventionen der ILO und der UNO haben diese Mindeststandards bekräftigt und zu einem festen Bestandteil des internationalen Rechts gemacht. Trotzdem wird in vielen Bereichen, insbesondere in den sogenannten „freien Exportzonen“ in vielen Ländern des Südens, dagegen bis heute verstoßen.

Ein zweiter Aufsatz, „Unsere Rechte im Ausverkauf. Frauenarbeit in globalen Lieferketten von Bekleidungsunternehmen und Supermärkten“ macht die Folgen dieser Verstöße an zahlreichen Interviews mit Betroffenen deutlich. Die britische kirchennahe Entwicklungsorganisation „Oxfam“ – sie gehört zum internationalen Caritas-Netzwerk – hat in dieser Studie die Erfahrungen und Misshandlungen, denen insbesondere Frauen in diesen Bereichen ausgesetzt sind, eindrucksvoll dokumentiert.

Die politische Konsequenz, die Oxfam daraus zieht, trifft sich mit vielen Beschlüssen hiesiger Gewerkschaften. Oxfam fordert – ebenso wie z.B. die IG Metall –, dass die ILO-Kernarbeitsnormen in das Regelwerk der Welthandelsorganisation WTO als verbindliche Vorschriften aufgenommen werden sollen. Bisher sind diese ILO-Normen zwar in Kraft, aber es gibt faktisch kein Gericht der Welt, vor dem sie eingeklagt werden können.

Eine Aufnahme dieser Mindeststandards in das WTO-Regelwerk aber würde das ändern. Denn im Unterschied zur ILO, die die Mindestnormen vereinbart hat, aber keine Sanktionsmechanismen kennt, hat die WTO ein solches Regelwerk. Klagen wegen Dumping, Klagen wegen unfairer Handelspraktiken, nicht berechtigter Zölle usw. sind in der WTO an der Tagesordnung. Und immer wieder führen solche Klagen – angestrengt von Unternehmen und Regierungen betroffener Staaten – auch zu empfindlichen Strafen für die beschuldigten Regierungen.

Eine Aufnahme der ILO-Kernarbeitsnormen in das WTO-Regelwerk würde dazu führen, dass Regierungen, die Verstöße gegen die ILO-Kernarbeitsnormen auf ihrem Territorium dulden, vor der WTO verklagt und empfindlich bestraft werden könnten. Wenn z.B. Firmen Sportschuhe in Vietnam fertigen lassen, den Beschäftigten aber keine Gewerk-

schaften erlaubt sind, keine gewerkschaftlichen Vertreter im Betrieb geduldet werden und Streiks verfolgt werden, dann könnte Vietnam von der WTO verklagt und verurteilt werden – z.B. in Form zu einer hohen Geldstrafe, z.B. durch Verhängung von Strafzöllen auf seine Schuhexporte. Das gleiche könnte Indien drohen wegen Kinderarbeit oder China wegen Behinderungen und Verfolgungen gegen die Bildung von freien Gewerkschaften, gegen Streiks usw. Verstöße gegen ILO-Kernarbeitsnormen, wie sie heute leider immer noch an der Tagesordnung sind, würden für die Täter – sprich die Regierungen, die solche Praktiken auf ihrem Territorium dulden, und natürlich auch für die Firmen, die davon profitieren wollen, sehr teuer.

Eine solche Reform der WTO würde im Welthandel und in der Weltwirtschaft eine Verschiebung auslösen ähnlich der, die innerhalb eines Staates durch Arbeitsschutzgesetze ausgelöst werden. Regelverstöße, Verstöße gegen Menschenrechte und international anerkannte Arbeiterrechte würden teuer und auf diese Weise hoffentlich auch zurückgedrängt. Auch deutsche Konzerne würden sich dann bei Investitionen z.B. in China fragen müssen, wie sicher ihre Kalkulationen sind. Wenn z.B. auf Exporte chinesischer Siemens- oder VW-Werke weltweit Strafzölle verhängt werden, weil in den betreffenden Werken keine Gewerkschaftsfreiheit gilt, kein Streikrecht, dann würde sich so manche Investition anders rechnen. Den betreffenden Ländern wären immer noch allerhand Vorteile und Entwicklungsmöglichkeiten im internationalen Handel offen. Das ist ja auch ihr gutes Recht. Aber Verstöße gegen fundamentale Arbeiterrechte würde weltweit schwieriger, teurer und womöglich ernsthaft zurück gedrängt. Für Millionen Menschen wäre das ein Fortschritt. *rül*

Quellen:

Joseph E. Stiglitz, Finanzwissenschaft, 3. Nachdruck 2000, R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Horst Köhler, Orientierungen für eine bessere Globalisierung, Antrittsvorlesung an der Universität Tübingen, 16. Oktober 2003 (herunter zu laden von der Homepage des IWF, www.iwf.org)

Prof. Christoph Scherrer, Dr. Thomas Greven, Sozialstandards im internationalen Handel, Kurzgutachten für die Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“ des Deutschen Bundestags, Juni 2001 (herunter zu laden von der Homepage des Bundestags, www.bundestag.de)

Klaus Liebig, Der Schutz geistiger Eigentumsrechte in Entwicklungsländern: Verpflichtungen, Probleme, Kontroversen. (ebenfalls ein Gutachten für die oben genannte Enquete-Kommission)

HWWA Hamburg: Stand und Perspektiven der Globalisierung. Außenhandel und Direktinvestitionen, Hamburg, Februar 2002 (ebenfalls ein Gutachten für die oben genannte Enquete-Kommission)

Oxfam: Unsere Rechte im Ausverkauf, Frauenarbeit in globalen Lieferketten von Bekleidungsunternehmen und Supermärkten, Berlin 2004, (herunter zu laden von der Homepage von Oxfam, www.oxfam.org)

Neuordnungen im Bankwesen und Sorgen vor einer Kreditklemme für kleinere und mittlere Unternehmen

„Basel II“ und Wegfall der „Anstaltslast“

Am 18. Juli 2005 tritt eine weitreichende Neuregelung des deutschen Bankwesens in Kraft. Die sogenannte „Anstaltslast“ und die „Gewährträgerhaftung“ der öffentlichen Hand für Sparkassen und Landesbanken tritt außer Kraft. Da gleichzeitig die Kreditregeln von „Basel II“ eingreifen, kann es eng werden für kleine und mittlere Unternehmen.

„Anstaltslast“ und „Gewährträgerhaftung“

Mit der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung verpflichteten sich die öffentliche Hand, sprich Kommunen und Länder bisher, Landesbanken und Sparkassen im Falle einer Insolvenz unbegrenzt mit finanziellen Mitteln zu versorgen und so alle Gläubiger zu befriedigen.

Durch diese bisher geltende Konstruktion waren Sparkassen und Landesbanken faktisch gegen jede Insolvenz gesichert. Die wirtschaftliche Folge war, dass sie an den Kapitalmärkten als sichere Schuldner galten und deshalb für ihre Kreditgeschäfte erforderliche Mittel an den Kapitalmärkten günstiger als gewöhnliche Geschäftsbanken aufnehmen können. Das wiederum ermöglichte günstigere Kredite für die Kundschaft – das kleine und mittlere Gewerbe.

Vertreter der Privatbanken sahen in diesen staatlichen Garantien schon lange eine mit dem EU-Recht nicht vereinbare Wettbewerbsverzerrung und legten vor mehreren Jahren durch die Bankenvereinigung der Europäischen Union Beschwerde beim EU-Wettbewerbskommissar ein.

Im Zuge der Prüfung dieser Beschwerde kam die EU-Kommission zu dem Ergebnis, die Beihilferegulungen Anstaltslast und Gewährträgerhaftung seien nicht vereinbar mit dem Recht der EU. Nach sehr kontroversen Debatten einigten sich EU-Kommission und Bundesregierung am 17. Juli 2001 auf die Abschaffung dieser Regelungen zum 18. Juli 2005, also binnen vier Jahren. Diese sogenannte „Verständigung 1“ wurde am 1. März 2002 noch ergänzt durch eine sogenannte „Verständigung 2“. In einem Briefwechsel vereinbarten EU-Kommissar Mario Monti und Außenminister Fischer, dass so genannte „Landesförderbanken“, die mit Aufgaben der Wirtschaftsförderung betraut sind, von dieser Regelung ausgenommen sind. Für sie gelten Anstaltslast und Gewährträgerhaftung damit weiter. Dafür müssen aber die Förderprogramme, die „Landesförderbanken“ verwalten, mit EU-Recht vereinbar sein. Faktisch handelt es sich dabei um Programme wie die „Gemein-

schaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung“, also die sogenannten „GAMittel“ von Bund und Ländern, Programme der Technologieförderung, Beratungshilfe und andere Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen usw. Seitdem haben praktisch alle Länder, sofern sie eine solche Bank nicht schon vorher hatten, sich eine „Landesförderbank“ zugelegt – in Berlin z.B. die Investitionsbank, die am 1.9.2004 aus der Landesbank ausgegliedert und in den Status einer eigenen, im Besitz des Landes befindlichen „Förderbank“ übergeleitet wurde.

Über „Anstaltslast“ und „Gewährsträgerhaftung“ kann man auch als Linke lange diskutieren. Sie bedeuten sicher einen Konkurrenzvorteil für Sparkassen und Landesbanken. Sparkassen und Landesbanken waren in der Vergangenheit ein wichtiges Instrument kommunaler Wirtschaftspolitik bzw. von Landeswirtschaftspolitik, also ein Instrument öffentlicher Einflussnahme auf die private Wirtschaft. Dieses Instrument ist nun bald weg.

Auf der anderen Seite bedeutete diese bisherige Konstruktion: Land und Kommune haften für alle Geschäfte ihrer Bank bzw. Sparkasse. Und das kann teuer werden. Was das bedeutet, hat das Land Berlin exemplarisch mit seiner Landesbank erlebt und erlitten. Auch die Beinahe-Pleite der Helaba, die Probleme der Westdeutschen Landesbank und anderer Banken, bei denen die öffentliche Hand erhebliche Beträge zuschießen musste, um sie vor der Pleite zu retten, fallen einem ein.

Insofern ist der Wegfall dieser Staatsgarantien vielleicht kein großes Unglück – zumal das Landes- oder kommunale Eigentum an diesen Banken erhalten bleibt.

Problematisch wird diese Neuordnung aber in der Kombination mit „Basel II“.

Basel II und „Rating“

„Basel II“ sind internationale Richtlinien für das Bankengewerbe, die bei der „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ (BIZ) in Basel Ende Juni diesen Jahres vereinbart worden. Die BIZ ist eine der wichtigsten Regulierungseinrichtungen des internationalen Bankengewerbes, manche sagen: wichtiger als der IWF. Sie regelt, wie ihr Name sagt, den „Zahlungsausgleich“ zwischen den Zentralbanken der größten internationalen Mächte, der sogenannten „G 10“. Unter ihrem Dach arbeiten faktisch etwa 120 Zentralbanken der Welt zusammen und verständigen sich auf gemeinsame Regeln.

Bereits 1988 hatte ein Ausschuss der BIZ die Vereinbarung „Basel 1“ beschlossen. „Basel 1“ ist im Grunde ein ähnliches Thema wie die Tobin-Steuer – in beiden Fällen geht es um Maßnahmen und Regeln zur Stabilisierung der Finanzmärkte. Basel 1 besteht dabei im Wesentlichen aus einer Eigenkapitalvorschrift. Alle Banken werden verpflichtet,

8% ihrer Kreditsumme als Eigenkapital vorzuhalten. Für je 100 Euro ausgeliehene Kredite müssen also 8 Euro Eigenkapital vorliegen.

Da in der Folge viele Banken begannen, ihre „guten“, also sicheren Kredite, in neue Institute auszulagern und nur die „schlechten“, also riskanten Kredite behielten, um so mit dem gleichem Eigenkapital am Ende weitere, zusätzliche Kredite ausgeben und damit zusätzliche Geschäfte unter Umgehung von „Basel 1“ machen zu können, mussten die Regeln überarbeitet werden.

Vor sechs Jahren begannen deshalb die Verhandlungen um „Basel II“. Am 26. Juni 2004 schlossen Vertreter der Notenbanken und der Aufsichtsbehörden der G-10-Staaten in Basel ihre Verhandlungen ab.

„Basel II“ besteht im Wesentlichen aus drei Säulen:

- erstens einer Neuregelung der Mindestkapitalanforderungen. Künftig sollen Kredite nach der Bonität der Kreditnehmer „gewichtet“ und bewertet werden. Zur Verdeutlichung: Bisher muss für 100 Mio. Kredit 8 Mio. Eigenkapital bereit gehalten werden. Wenn nun z.B. Kredite an Privatkunden mit 75% bewertet werden, so heißt das: 100 Mio. Kredite an solche Schuldner gelten in Zukunft wie 75 Mio. Das erforderliche Eigenkapital der Bank für solche Kreditgeschäfte beträgt nicht mehr 8 Mio. sondern nur noch 6 Mio. Die Folge: Banken, die „gute“ Schuldner haben, können eine höhere Eigenkapitalrendite erreichen.
- Die zweite Säule von Basel II sind Regeln für eine ständige Überprüfung der Banken durch Aufsichtsbehörden.
- Dritte Säule sind schließlich Anforderungen an die Banken, die zu einer stärkeren Offenlegung ihrer Geschäfte und deren Risiken führen sollen.

Das Ganze ist ein opulentes Vertragswerk. Der Richtlinienentwurf der EU-Kommission zur Umsetzung von Basel II umfasst 238 Seiten. Am 2. September hat die Bundesbank in einer ersten Expertenkonferenz mit der Umsetzung von Basel II begonnen. (Handelsblatt, 28.6.2004)

Die wichtigste Folge von Basel II für unser Thema ist, und so geistert es auch schon durch die Medien: Basel II führt zu einem schärferen „Rating“ von Banken durch damit beauftragte „Rating-Agenturen“. Rating ist ein Bewertungsverfahren, bei dem die Bonität von Firmen ermittelt und für die Geschäftswelt anhand von Ziffern transparent gemacht wird. Wer beim „Moody's Investors Service“, einer der internationalen Rating-Agenturen, ein „A+“ oder „AAA“ erhält, gilt als exzellenter Schuldner – und kriegt billig und reichlich Kredit. „B“ ist schon weniger prächtig, und bei „B-“ wird's kritisch. Wer in den „C“-Bereich abrutscht, kriegt in der Regel schon keinen Kredit mehr ohne zusätzliche Bürgschaft, und „D“ bedeutet schlicht: Der Kunde ist insolvent.

Da die Einstufung im Rating eine Aus-

sage über die Bonität der Bank in den Augen potentieller Gläubiger ist, beeinflusst das „Rating“ faktisch die Preise für neue Kapitalmarktmittel und damit die möglichen Renditen der Banken. Jede Bank braucht Kapitalmarktmittel. Nur mit den Girokonten und Einlagen ihrer privaten Kunden kann sie in der Regel nicht genug Kredite vergeben. Also wetteifern alle Banken um ein gutes Rating. Eine Herabstufung im Rating um einen „Notch“, also zum Beispiel von „A-“ auf „BBB+“, bedeutet eine Verteuerung der Refinanzierung, also der Kreditaufnahme bei anderen Banken, um 0,6 bis 0,8 Prozentpunkte. Für eine Landesbank wie z.B. die WestLB oder die Sächsische Landesbank kann sich das in wenigen Jahre auf Mehrkosten im zweistelligen Millionen-Euro-Bereich auswirken. (Handelsblatt, 2./3./4.7.2004)

Offiziell soll das neue „Rating“ nach Basel II für alle Banken erst 2007 in Kraft treten. Faktisch aber entfaltet es schon jetzt seine Wirkungen. Schon jetzt unterrichten die Rating-Agenturen die Landesbanken regelmäßig über ihr sogenanntes „Schattenrating“. „Schattenrating“ bedeutet, dass die Landesbanken jetzt bereits erfahren, wie sie ab 19.7.2005, nach dem Wegfall von „Anstaltslast“ und „Gewährsträgerhaftung“, am Kreditmarkt bewertet würden. Derzeit haben alle Landesbanken noch offiziell ein „A-Rating“. Künftig würde z.B. die Westdeutsche Landesbank und die Sächsische Landesbank wegen diverser Risiken in ihren vergebenen Krediten bei „Moody's“ auf „BBB+“ herabgestuft – mit den beschriebenen Folgen. Folglich sind alle Landesbanken hektisch bemüht, alte und unsichere Kredite irgendwohin abzustoßen und neue riskante Kredite möglichst gar nicht zu vergeben.

Kreditklemme für KMU?

Daraus erwächst das nächste Problem. Denn die großen Privatbanken und Versicherungen hatten in den vergangenen Jahren – wie vermutlich allgemein bekannt – eine Riesensumme fauler Kredite abzustößen. Darunter waren Kredite an High-Tech-Firmen, die im Gefolge des High-Tech-Booms überall hervortraten und wegen der allgemein prophezeiten glänzenden Geschäftsaussichten auch reichlich Kredit erhielten. Nun sind viele davon pleite, die Kredite müssen abgeschrieben werden. Dito (noch immer) viele Kredite im Immobilienbereich, insbesondere im Zusammenhang mit dem „Aufbau Ost“. Weil die Ankündigungen von Kanzler Kohl über die bald „blühenden Landschaften“ nicht nur von vielen Wählern, sondern auch von vielen Bankern geglaubt wurden, gab's reichlich Kredit für Immobilienbau im Osten. Das konstante Ausbleiben der „blühenden Landschaften“, verbunden mit dem damit verbundenen Wegzug von Leuten, führt nun zu Leerständen in Größenordnungen. Auch hier mussten und müssen noch immer reichlich Kredite abge-

geschrieben werden. Drittes Problem waren die vielen Aktien – viel zu hoch bewertet bis 2001, oft auf Kredit gekauft – die nun ebenfalls wieder auf Normalmaß abgeschrieben werden müssen.

Wegen dieses insgesamt beträchtlichen Wertberichtigungsbedarfs sind die privaten Banken, vor allem die großen, in den letzten Jahren immer restriktiver bei der Vergabe neuer Kredite gewesen. Hinzu kommt: Kleine Kredite machen (vergleichsweise) hohe Bearbeitungskosten bei der Bank, bringen also wenig Rendite. Beides zusammen, die durch die geringere Kreditsumme vergleichsweise hohen Verwaltungskosten und der hohe Wertberichtigungsbedarf, haben dazu geführt, dass vor allem kleine und mittlere Unternehmen von privaten Banken, zum Beispiel von der Deutschen Bank, heute fast keinen Kredit mehr erhalten.

Wenn jetzt hinzu kommt, dass ausgerechnet die Landesbanken und Sparkassen, die schon beinahe „traditionellen“ Kreditgeber für kleine und mittlere Unternehmen, durch den Druck der Rating-Agenturen ihre Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen ebenfalls zurückfahren, dann kann sich das zu einem echten Problem auswachsen. Allenthalben wächst die Klage, kleinen und mittleren Unternehmen (den sog. „KMU“) drohe eine „Kreditklemme.“

Die Klage scheint berechtigt. Zwar gibt es Umfragen bei kleinen und mittleren Unternehmen, in denen diese angeblich alle erklären, ausreichend Kredit zu haben und keine neuen zu benötigen (z.B. in der FAZ, 8.9.2004). Aber welcher Unternehmer gibt schon fremden Firmen ernsthaft Auskunft, wenn es klemmt?

Auf der anderen Seite machen sich Leasing-Firmen schon ernsthaft Hoffnungen auf steigende Geschäfte. „Wichtiger Treiber für die Leasing-Branche sind die neuen Eigenkapital-Anforderungen an Banken, die im Basel-II-Abkommen verankert sind“, schreibt ein Handelsblatt-Autor am 15.9.2004 in einer Beilage der Zeitung über „Leasing“. „Demzufolge schauen die Banken in Zukunft stärker als bisher auf die Zahlungsfähigkeit der Schuldner. Für die Unternehmen heißt das: Es wird schwieriger, einen Kredit von der Bank zu bekommen, vor allem dann, wenn die eigene Bonität nicht ganz perfekt ist. Leasing ist in diesem Fall eine Alternative. Gerade Kunden aus dem Mittelstand erkundigen sich vor dem Hintergrund von Basel II verstärkt nach Leasinglösungen.“ Leasing-Firmen sichern sich durch das Objekt – wenn der Kunde nicht mehr zahlt, fällt das verleaste Gerät, Maschine usw. sofort an den Leasing-Geber zurück. Für sie ist deshalb die Bank-Bonität einer Firma weniger wichtig.

Da aber nicht jeder Kredit durch Leasing ersetzt werden kann, wächst die Sorge vor einer Kreditklemme. Auch in Banker-Kreisen wird inzwischen anerkannt, dass die Kombination von Basel II und Wegfall der Anstaltslast für Sparkassen

und Landesbanken zu einer echten Kreditklemme für kleine und mittlere Unternehmen führen kann. Hier drohe ein „Marktversagen“. Selbst profitable kleine Betriebe bekämen heute von privaten Banken oft keinen Kredit mehr – weil ihr Betrieb schlicht zu klein, die beantragte Kreditsumme nicht „interessant“ genug für die jeweilige Bank ist.

Kreditklemme statt Hartz IV?

Wer verstehen wolle, „warum Deutschland nicht auf die Beine kommt, sollte weniger über Hartz IV reden. Und mehr über Basel II“, schrieb unlängst die „Zeit“. „Seit die großen Zentralbanken und Finanzaufseher weltweit neue Regeln für die Kreditvergabe beschlossen haben, sind diese überall ein Thema: bei Handwerkern, die trotz voller Auftragsbücher kein Darlehen bekommen. Bei Maschinenbauern, denen die Bank nahe legt, den Geldgeber zu wechseln. Bei ostdeutschen Firmen, denen der Bankberater sagt, es liegen an ihrem Standort, dass sie kein Geld erhalten. ‚Die Stimmung in den Betrieben ist schlecht‘, sagt Helmut Rödl, Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsauskunftei Creditreform. Wenn der Mittelstand tatsächlich das Rückgrat der Wirtschaft ist, dann ist es kein Wunder, dass Deutschland im Rollstuhl sitzt.“ Soweit die „Zeit“.

Im gleichen Aufsatz zitiert das Blatt einen Forscher der Münchner Ifo-Instituts. Dieser Gernot Nerb schätzt, dass eine Linderung der derzeitigen Finanzierungsnot kleiner und mittlerer Betriebe dazu führen würde, dass die Wirtschaft über mehrere Jahren verteilt „um bis zu fünf Prozent zusätzlich wachsen würde.“

Das mag übertrieben sein. Aber sicher ist: Wenn jetzt auch die Landesbanken und Sparkassen ihre Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen einschränken und verteuern, kann es eng werden für manche Unternehmen. Auf jeden Fall werden die Kredite an sie teurer werden. Damit aber gerät das kleine und mittlere Gewerbe weiter unter Druck. Die Tendenz zur Zentralisierung von Kapital wird beschleunigt.

Firmen wie die „Creditreform“ fordern deshalb staatliche Initiativen, um die Eigenkapitallücke in kleinen und mittleren Unternehmen zu schließen – beispielsweise durch steuerliche Begünstigung einbehaltener Gewinne. Sonst drohe ein Anstieg betrieblicher Insolvenzen von jetzt 40.000 im Jahr auf 80.000, so Creditreform-Geschäftsführer Rödl.

Und da es kein „Grundrecht auf Kredit“ gibt, wie die „Zeit“ süffisant schreibt, wächst auch bei Handwerkskammern und IHKs die Klage über das fehlende Eigenkapital kleiner und mittlerer Unternehmen. Länder und Kommunen sind derweil damit befasst, ihre Landesbanken und Sparkassen finanziell besser zu stellen, damit diese auch in Zukunft reichlich und möglichst günstige Kredite geben können.

Lügenregister oder Anklageschrift

Wer nicht im Sinne der Anklage zu lügen bereit ist, wird wie im Milosevic-Prozess in Den Haag juristisch bestraft. So muss die Tatsache gewertet werden, dass Milosevic sich nicht mehr selbst verteidigen darf. Ihm wurden zwei Zwangsverteidiger zur Seite gestellt. Auch sie werden nicht Scharpings Auslassung beweisen können, dass „in Srebrenica 30 000 Menschen umgebracht worden sind“.

In seinem Buch „Kriegslügen ...“ hat Jürgen Elsässer bewiesen, dass Srebrenica das Symbol für einen Bürgerkrieg mit Opfern auf allen Seiten war. Nach Angaben des Roten Kreuzes sprach man von 7 333 „Vermissten“. Wären sie alle tot, so wäre das die Gesamtzahl der Getöteten, schlussfolgert der Autor. „Die übrigen 22 667 Leichen gingen dann allein auf das Propagandakonto von Scharping. Aber auch die Zahlen des Roten Kreuzes waren manipuliert. Mindestens 500 der Vermissten waren schon vor der Einnahme Srebrenicas gestorben. Weitere 3 100 angeblich Vermisste tauchten zwei Jahre nach dem angeblichen Massaker auf den Wählerlisten wieder auf, die der OSCE übergeben wurden. Tragisch, dass so viele Menschen in einem sinnlosen Bruderkrieg sterben mussten.“

In vier Kapiteln untersucht Elsässer Behauptungen deutscher und westeuropäischer Politiker, Militärs und Journalisten zur Begründung des NATO-Angriffskriegs. Dem Autor ist es schwer gefallen, sachlich und nüchtern das Lügengewebe Scharpings und seine „Theorie“ des „Hufeisenplanes“ zu zerreißen. Dass es so einen Plan nie gegeben hat, ist lange bekannt. Elsässer erinnert, dass der Begriff des Hufeisenplanes von einem Oberst im Generalstab der Bundeswehr, Karl Gunter Kajdacsy, erdacht worden sei. Auch ist bekannt, dass NATO-Oberbefehlshaber W. Clark am 19.4.99 im BBC jede Kenntnis eines solchen Planes bestritten hat. Elsässers Kritik an den Kriegslügen reicht von Scharpings Märchen über die Toten des Trecks nach Tusla und von Pocari, die Lüge von Racak, die den Jugoslawienkrieg der NATO auslöste, bis zum Milosevic-Prozess in den Haag. Der Geheimpakt von Prizren wird ebenso entlarvt wie die Mazedonien-Affäre und die Kapitulation von Ohrid.

Während des NATO-Angriffskrieges wurden zerstört oder schwer beschädigt: 82 Brücken, 422 Schulen, 48 Einrichtungen des Gesundheitswesens, 74 TV-Stationen und viele Elektrizitätswerke, Fabriken und Straßen. Der Gesamtschaden beläuft sich auf über 100 Milliarden \$. Mehr als 7.000 Zivilisten wurden verwundet, über 2.000 Menschen Opfer des Krieges. Es ist offenkundig, wer auf die Anklagebank gehört.

Franz-Karl Hitze

Jürgen Elsässer: Kriegslügen. Vom Kosovokrieg zum Milosevic-Prozess, Kai Homilius-Verlag, Berlin 2004, 331 S., 18 ISBN 3-89706-884-2

rül

26. September: Kommunalwahlen in NRW

27. September bis 1. Oktober, Hamburg: *Menschen in der Illegalität: Lebensbedingungen von Papierlosen* als Herausforderung für die Kommunen. Kriminologische Studienwoche. Veranstaltungsort: Universität Hamburg, Flügel Ost, Raum 222. Edmund-Siemers-Allee 1, 20146 Hamburg. Anmeldeschluss: 24.06.2004 Leider kostet das Ganze 248 Euro. Veranstalter: Institut für Kriminologische Sozialforschung (IKS). Arbeitsstelle für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Hamburg (AWW). Ansprechpartner: Bettina Paul Universität Hamburg, Institut für Kriminologische Sozialforschung, Allende-Platz 1, 20146 Hamburg, Tel.: 040/42838-3322; Sekretariat: 040/42838-3329; Fax.: 040/42838-2328 bettina.paul@uni-hamburg.de

1./2. Oktober, Bremen. „Vorwärts – und viel vergessen“. *Geschichte sozialer Bewegungen*. Kritische HistorikerInnen beschäftigten sich mit der Geschichte neuerer sozialer Bewegungen. Veranstalter Rosa-Luxemburg-Stiftung und AK Kritische Geschichte. Kulturzentrum ParadoX, Bernhardstr.12. www.kritische-geschichte.de.

2. Oktober, Kiel: Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) Bündnis 90/Grüne

2. Oktober, Berlin. Überregionale Anti-Hartz-IV-Demo: „Soziale Gerechtigkeit statt Hartz IV – Wir haben Alternativen!“, 13 Uhr, Alexanderplatz. Näheres unter: www.zweiter-oktober.de



Alle sind betroffen und keiner merkt es.

PDS-Datenschutzkonferenz | Berlin | 2. Oktober 2004

2. Oktober, Berlin. Konferenz zum Thema Datenschutz. Veranstalter: PDS im Bundestag, Parteivorstand, BAG Bürgerrechte & Demokratie, BAG Antirassismus und BAG Juristen/innen in und bei der PDS. Ort: „Haus der Demokratie“. Infos: www.pds-datenschutz.de oder 030/24 009-447.

3. Oktober, Berlin. Überregionale Anti-Hartz-IV-Demo: „Weg mit Hartz IV – Das Volk sind wir“. Näheres unter: www.sternmarsch-berlin.de

8./9. Oktober, Berlin „Die kommunitaristische Debatte“. Seminar der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft Berlin. Ausführliche Beschreibung siehe Politische Berichte Nr. 18.

10. Oktober, Hannover. Die offene Wunde Auschwitz. Antisemitismus-Tagung und Podiumsdiskussion mit Gregor Gysi. Block I (13-15 Uhr): Antisemitismus in der alten Bundesrepublik, Prof. Regina Becker-Schmidt (Univ. Hannover) spricht zum Thema „Auschwitz-Prozesse und die Reaktion der bundesdeutschen Bevölkerung“ und Prof. Joachim Perels (Univ. Hannover) über „Antisemitische Stereotypen in tragenden gesellschaftlichen Institutionen“. Block II (15-17 Uhr): Das „Innenleben“ des Antisemitismus. Prof. Rolf Pohl (Univ. Hannover) spricht über die sozialpsychologische These vom „Antisemitismus als sozialer Wahn“, Prof. Wolfram Stender (Ev. FH Hannover) wird das Thema „Antisemitismus als besondere Form des Rassismus“ beleuchten. Block III (17-19 Uhr): Gegenwärtige Ideologisierung und Funktionalisierungen des Antisemitismus, Prof. Alfred Krovoza (Univ. Hannover) geht der Frage nach, inwieweit sich die aus der Geschichte Europas gewonnenen theoretischen Erkenntnisse über den Antisemitismus auf den islamistischen Antisemitismus übertragen lassen. Prof. Moshe Zuckermann (Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte, Univ. Tel Aviv) spricht über die Funktionalisierung des Antisemitismus und seinen Stellenwert im Antizionismus. Die Tagung führt die Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen in Kooperation mit der Hans Böckler Stiftung durch. Im Anschluss an die Tagung findet ab 19.30 Uhr eine Po-

diumsdiskussion zum Thema „Das Absterben des Sozialstaats und die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Antisemitismus“ statt, an der außer den ReferentInnen der Tagung auch Gregor Gysi teilnimmt. Ort: Universität Hannover, Contimax, Königsworther Platz, 30167 Hannover

14.-17. Oktober, London: *Europäisches Sozialforum 2004*. Das ESF wurde als Teil des Weltsozialforums (WSF) im brasilianischen Porto Alegre ins Leben gerufen. Die ersten beiden Foren fanden in Florenz (2002) und Paris (2003) statt. Das ESF bietet Gruppen und Organisationen aus Europa und der ganzen Welt die Möglichkeit, zusammenzukommen: soziale Bewegungen, Gewerkschaften, NGOs, Flüchtlinge, Friedens- und anti-imperialistische Gruppen, antirassistische Bewegungen, Netzwerke der Ausgeschlossenen etc. Gemeinsam wollen wir diskutieren, wie wir weltweit soziale Gerechtigkeit erzielen können – und wie eine andere Welt möglich werden kann (another world is possible). Mehr infos unter www.fse-esf.org

21./22. Oktober, Berlin. 50 Jahre Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslose. Mit Fachvorträgen, Ausstellung, Stadtrundgängen usw. Ausführlich: www.bag-wohnungslosenhilfe.de

23. Oktober, Duisburg. Sozialabbau und soziale Gegenbewegungen in Westeuropa, mit TeilnehmerInnen aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Deutschland. Die Tagung soll einen vergleichenden Überblick über die spezifischen Formen der Umsetzung neoliberaler Politik und den damit verbundenen Sozialabbau in westeuropäischen Ländern und die sich dagegen entwickelnden sozialen und politischen Bewegungen dieser Länder ermöglichen. Veranstalter: Rosa Luxemburg Stiftung NRW.

30./31. Oktober, Potsdam: Parteitag der PDS, Neuwahl Parteivorstand

30./31. Oktober, Nürnberg: Jahreskonferenz der „Gruppe Arbeiterstimme“. Als Themen sind vorgesehen: Zur Lage der Gruppe / Die Krise im Osten und die Protestbewegung / Diskussion um eine neue Linkspartei / Gewerkschaftspolitik: Brechen alle Dämme? / Zur Lage in Großbritannien. Anmeldung über: Thomas Gradl, Postfach 910 307, 90261 Nürnberg, oder Telefon: 09 11 / 5 18 03 81 (abends)

31. Oktober, Brüssel: Amtszeit der EU-Kommission endet

2. November: Präsidentschaftswahlen in den USA

6. November 2004, Nürnberg. Bundesweite Demonstration gegen Sozialraub, Agenda 2010 und Hartz IV zur Bundesagentur für Arbeit.

19./20. November, München. Parteitag der CSU.

3./4. Dezember, Berlin: 10. Kongress Gesundheit und Armut. Austausch über Wissensstand, Entwicklungen und Lösungsansätze zu „Armut und Gesundheit“.